



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 26. Juli 2021**, in Konstanz, KONZIL (Oberer Sitzungssaal).

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Genehmigung der Niederschriften über die letzten öffentlichen Sitzungen des Kreistags am 22. März und 17. Mai 2021	--
2.	Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen	--
3.	Bekanntgabe von Eilentscheidungen	--
4.	Besetzung von Gremien; Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN	2021/120
5.	Entwicklung einer Sozialstrategie für den Landkreis Konstanz; Bildung einer Lenkungsgruppe	2021/144
6.	Neubau einer Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen; a) Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen b) Einsetzung einer Bewertungskommission für die Planerauswahlverfahren	2021/193
7.	Änderungen Abfallwirtschaftssatzung Landkreis Konstanz	2021/139
8.	Kreismedienzentrum; Änderung der Kosten- und Nutzungsordnung ab 1. September 2021	2021/131
9.	Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN gGmbH); Jahresabschluss 2020 Holding	2021/156
9.1	Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN gGmbH); Jahresabschluss 2020 Holding - Entlastung des Aufsichtsrats	2021/156/1

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
9.2	Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN gGmbH); Bürgerschaftsantrag zur Beschaffung einer Telefon- und Patienteninformationanlage im Hegau-Bodensee-Klinikum	2021/177
10.	Parkraumbewirtschaftung an den Liegenschaften des Landkreises Konstanz	2021/167
11.	Aufnahme des Ausbaus der Bodenseeegürtelbahn in den Bundesverkehrswegeplan	2021/194
12.	Verkehrsverbund Hegau - Bodensee (VHB); Tarifanpassungen zum 1. Januar 2022	2021/141
13.	Verleihung eines "Klimaschutzpreises Landkreis Konstanz"; Einführung, Förderrichtlinien und Verfahren	2021/201
13.1	Klimaschutz; Forderungskatalog von "Fridays for Future"	2021/198
14.	Kreisimpfzentrum (KIZ); Fortführung bis 30. September 2021	2021/183
15.	Neuanschaffung eines Lastkraftwagens (LKW) für den Straßenbetriebsdienst im Landkreis Konstanz	2021/181
16.	Aufnahme des Clusters Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) in die Grundförderung der Clusterinitiativen Bodensee (CLIB) ab 2021	2021/204
17.	Neubau Berufsschulzentrum Konstanz; Sachstandsbericht/aktueller Projektstatus	2021/184
17.1	Neubau Berufsschulzentrum Konstanz; Abschluss Vorentwurfsplanung - Wesentliche Eckpunkte der Gesamtkonzeption	2021/180
17.2	Neubau Berufsschulzentrum Konstanz; Kunst am Bau	2021/191
17.3	Neubau Berufsschulzentrum Konstanz – Modellwerkstatt; Antrag der CDU-Fraktion	2021/203
18.	IT-Betreuung an den Kreisschulen; Vorstellung des Gutachtens der ACP	2021/162/1
19.	Bürgerfragestunde (ca. 17 Uhr)	--
20.	Mitteilungen	--
20.1	Volkshochschule Landkreis Konstanz e. V.; Jahresabschluss 2020 und aktuelle Entwicklungen	2021/153/1

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
20.2	Masterplan Digitalisierung; Sachstandsbericht	2021/186
20.3	Bundesteilhabegesetz (BTHG); Sachstandsbericht	2021/128
20.4	Standortauswahlverfahren Atomendlager - Gebiete zur Methodenentwicklung	2021/202
20.5	Kreishaushalt 2021; Budgetbericht zum 30. Juni 2021	2021/195
20.6	Kreishaushalt 2022; Sachstandsbericht	2021/196
21.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	--
21.1	Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern; Fragen der Fraktion der GRÜNEN	--
21.2	Hochwasserkatastrophe; Finanzielle Hilfe durch den Landkreis Konstanz	--
21.3	Hochwasserschutz im Landkreis Konstanz/Vorbereitung auf Naturkatastrophen	--
21.4	Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms durch das Land Baden-Württemberg	--
21.5	Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss des Landkreises für 2020	--
21.6	Kostenübernahme für Corona-Tests für Jugendfreizeiten	--

Anwesend:

Danner, Zeno, Landrat und Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder:

66 Kreisrätinnen und Kreisträte

Teilnahme an der Sitzung - späteres Kommen/vorzeitiges Verlassen der Sitzung:

Amann, Karl	bis 18:10 Uhr
Both-Pföst, Hubertus, Dr.	bis 17:55 Uhr
Eisch, Uwe	bis 17:55 Uhr
Kreitmeier, Christiane, Dr.	ab 15.45 Uhr
Moser, Johannes	bis 17:45 Uhr
Schäuble, Martin	bis 18:10 Uhr
Schrott, Walafried	bis 17:55 Uhr
Storz, Hans-Peter, MdL	bis 17:55 Uhr

Entschuldigte:

Brachat-Winder, Birgit
Burchardt, Uli
Fritschi, Alois
Klinger, Michael, Dr.
Ossola, Manfred
Pschorr, Simon
Schmid, Andreas

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Architekten und Planer (TOP 17 und 17.1) - VIDEO
Knapp, Karl (Schulleiter Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz/TOP 17 – 17.3 und 18) - VIDEO
Pohlmann-Strakhof, Martin (Schulleiter Wessenberg-Schule KN, GF SL/TOP 17 – 17.3 u. 18) - VIDEO
Winterhalter, Bernd (TOP 18) - VIDEO

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gärtner, Philipp, ELB

Basel, Stefan
Bendl, Ralf - VIDEO
Bittermann, Jens – VIDEO
Egger, Andreas - VIDEO
Frick, Sebastian
Gensow, Dörte – VIDEO
Hagen, Eveline - VIDEO
Hoffmann, Vera
Kleinicke, Barbara
Kruthoff, Simone
Lieby, Günther - VIDEO
Neugebauer, Boris
Pellhammer, Marlene
Scheck, Friedemann, Dr. - VIDEO
Schrodin, Daniel - VIDEO
Seidl, Karin
Wechsel, Christina – VIDEO
Wendt, Martin - VIDEO

Protokoll:

Roth, Manfred

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistags und die Vertreter der Medien. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der **Vorsitzende** gratuliert Kreisrat **Häusler** zur überzeugenden Wiederwahl als Oberbürgermeister der Stadt Singen.

Danach geht er auf die Hochwasserkatastrophe insbesondere in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ein und bittet die Anwesenden, in einer Schweigeminute den Opfern zu gedenken.

Nach der Schweigeminute teilt er mit, dass dazu auch Fragen der Fraktion der GRÜNEN eingegangen sind, die am Ende der Sitzung beantwortet werden.

Da im Vorfeld der Sitzung div. Anträge zur Tagesordnung avisiert worden sind, u. a. von Kreisrat **Staab**, bittet er um entsprechende Erläuterung.

Kreisrat **Staab**

Die öffentliche Sitzung beginnt mit ca. 30 Minuten Verspätung, sodass im Interesse eines akzeptablen Endes der Sitzung bei TOP 11 (gemeinsame Resolution aller Fraktionen zur Bodensee-Gürtelbahn) – wie von der Fraktion der GRÜNEN vorgeschlagen – auf eine Aussprache verzichtet werden sollte.

Darüber hinaus sollten die Tagesordnungspunkte, in denen es um den Neubau des Berufsschulzentrums Konstanz geht (TOP 17 – 17.3), vorgezogen und nach TOP 6 behandelt werden, um eine Beschlussfähigkeit bei diesem wichtigen Thema sicherzustellen.

Dem wird zugestimmt (s. auch TOP 17 ff.).

Kreisrat **Häusler** ist der Auffassung, dass TOP 16 (Neuaufnahme des Clusters Kreativwirtschaft in die Grundförderung der Clusterinitiativen Bodensee) noch nicht entscheidungsreif ist und deshalb zunächst im Fachausschuss behandelt werden sollte.

Der Absetzung des Tagesordnungspunkts und dem Verweis des TOPs in den Fachausschuss wird zugestimmt (s. unter TOP 16).

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

1. **Genehmigung der Niederschriften über die letzten öffentlichen Sitzungen des Kreistags am 22. März und 17. Mai 2021**

Der **Vorsitzende** verweist auf die versandten Niederschriften.

Kreisrätin **Frank**

In der Niederschrift über die letzte Sitzung am 17. Mai 2021 ist aufgeführt, dass die in der Neuausschreibung der Schienenstrecke Singen - Schaffhausen (Netz 19) durch das Verkehrsministerium vorgesehene Verlängerung bis Konstanz als zusätzliches Angebot eines Viertelstundentaktes auf der seehas-Strecke nicht Teil des Verhandlungsverfahrens sein wird. Eine Anfrage beim Verkehrsministerium nach Alternativen sei erfolgt.

Was ist aus der Sache zwischenzeitlich geworden? Liegt eine Antwort des Ministeriums vor? Falls nein – nach Rückfrage beim Verkehrsministerium gibt es solche Alternativen. Zwar ohne Anschluss in Singen auf den Zug nach Stuttgart, aber mit Vorteilen für die Strecke Basel – Waldshut. Das Angebot könnte durch eine Direktverbindung von Gottmadingen nach Konstanz erweitert werden.

Vorsitzender

Es geht bei diesem TOP darum, ob die Inhalte der Sitzung in der Niederschrift richtig wiederge-

geben worden sind.

Zum Thema selbst: In der kommenden Woche findet ein Gespräch beim Verkehrsministerium statt, um aktuelle Themen zu besprechen. Dazu gehört auch die genannte Angelegenheit.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, ohne förmliche Abstimmung):

Die Niederschriften über die letzten öffentlichen Sitzungen des Kreistages am 22. März und am 17. Mai 2021 werden genehmigt.

2. Bekanntgabe von in nicht öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen

Der Vorsitzende gibt bekannt:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat am 12. Juli 2021 in nicht öffentlicher Sitzung folgende Beschlüsse gefasst:

BESCHLUSS 1

Besetzung der Referatsleitung Liegenschaftskataster/stv. Leitung des Vermessungsamtes

Die Stelle der Referatsleitung Liegenschaftskataster/stv. Leitung des Vermessungsamtes wird im Einvernehmen mit dem Landrat ab 1. November 2021 mit Herrn Jan Einar **RETZLAFF** besetzt.

BESCHLUSS 2

Bau einer Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen/Grunderwerb

Dem Erwerb des Grundstücks im Max-Eyth-Areal in Rielasingen-Worblingen zu den genannten Konditionen und zum Kaufpreis von rd. 240.640 EUR zuzüglich Nebenkosten des Grunderwerbs wird zugestimmt.

Der Kreistag hat in nicht öffentlicher Sitzung am 17. Mai 2021 folgenden Beschluss gefasst:

Beauftragung von Gutachten für den Gesundheitsverbund GLKN

1. Der Auftrag zur Erstellung des „Gutachtens zur Entwicklung des GLKN 2021 – 2025“, bestehend aus den zwei Teilen:

Teil A:

„Rahmenbedingungen und Handlungsalternativen für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung im Landkreis Konstanz mit leistungsfähigen Krankenhäusern und Krankenhauseinrichtungen 2021 – 2025 (optional: Ausblick 2030)“

Teil B:

„Struktur, Wirtschaftlichkeit und medizinische Leistungsfähigkeit des Gesundheitsverbundes Landkreis Konstanz für die Jahre 2021 – 2025 (optional: Ausblick 2030)“

wird an das Unternehmen Lohfert & Lohfert AG, Hamburg, zum Angebotspreis von 262.990 EUR brutto vergeben.

2. Der Landrat wird darüber hinaus ermächtigt, in der Laufzeit des Vertrages zu 1.) mit Lohfert & Lohfert AG, Hamburg, eventuell erforderliche Erweiterungen des Auftrags an den Auftragnehmer mit (anteiligen) Kosten für den Landkreis von bis zu 80.000 EUR brutto abzuschließen.

Der Kreistag hat in seiner heutigen nicht öffentlichen Sitzung folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss 1

Wiederbesetzung der Leitung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Die Stelle der Leitung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wird im Einvernehmen mit dem Landrat zum nächst möglichen Zeitpunkt mit Frau Ariane KRIMMEL besetzt.

Beschluss 2

Wiederbesetzung der Schulleiterstelle am Berufsschulzentrum Stockach zum nächstmöglichen Zeitpunkt - Stellungnahme des Schulträgers nach § 40 Abs. 4 Schulgesetz

Der Landkreis Konstanz unterbreitet dem Regierungspräsidium Freiburg in seiner Eigenschaft als Schulträger einen Vorschlag für die Wiederbesetzung der Leitung des Berufsschulzentrums Stockach zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Beschluss 3

Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen/Erwerb der GU Steinstraße, Flst.Nr. 1775/50, in Konstanz

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen zum Erwerb der Liegenschaft Steinstraße 20 in Konstanz mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben fortzuführen und den Kaufvertrag für die Teilfläche des Flst.Nr. 1775/50 mit einer Fläche von ca. 3.652 m² mit Bestandsgebäude zu den genannten Eckpunkten und zum Kaufpreis von 3,3 Mio. EUR abzüglich einer Verbilligung von 500.000 EUR abzuschließen.
2. Im Zuge des Grunderwerbs wird der Stadt Konstanz das Recht eingeräumt, das Grundstück zum gutachterlichen Verkehrswert vom Landkreis zu erwerben, sofern der Landkreis die Nutzung des Grundstücks für eigene Zwecke aufgibt und beabsichtigt, das Grundstück zu veräußern. Der dinglichen Sicherung im Grundbuch wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den Ersatzneubau zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Konzept kann auch Elemente enthalten, die nicht Kreisaufgabe sind, wenn und soweit die Finanzierung nicht durch den Landkreis erfolgt.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

3. Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Der Vorsitzende gibt bekannt:

Weiterbetrieb des Kreimpfzentrums (KIZ)

Dem Weiterbetrieb des KIZ für die Zeit vom 30. Juni – 15. August 2021 wurde im Rahmen einer Eilentscheidung zugestimmt.

Der darüber hinausgehende Betrieb des KIZ bis zum 30. September 2021 ist heute Thema im Kreistag (TOP 14).

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

4. Besetzung von Gremien:

Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Der Änderung der Besetzung im Sozialausschuss und im Kreisjugendhilfeausschuss gemäß dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN wird im Wege der Einigung zugestimmt.
2. Gleichzeitig gelten damit die Ausschüsse gesamthaft als neu besetzt.

Hinweis (Änderungen):

Sozialausschuss: bisher

Mitglied	1. Stellvertretung	Stellvertreter in Reihenfolge
Hins, Sabine	Fuchs, Soteria	Kreitmeier, Dr. Christiane
Hofer, Dr. Sigrid	Fuchs, Soteria	Beyer-Köhler, Günter
Küttner, Normen	Fuchs, Soteria	Jacobs-Krahn, Dr. Dorothee
Özdemir, Zekine	Fuchs, Soteria	Reiff, Heidi
Wehinger, Dorothea, MdL	Fuchs, Soteria	Brachat-Winder, Birgit

Sozialausschuss: künftig

Mitglied	1. Stellvertretung	Stellvertreter in Reihenfolge
Kreitmeier, Dr. Christiane	Fuchs, Soteria	Beyer-Köhler, Günter
Hofer, Dr. Sigrid	Fuchs, Soteria	Jacobs-Krahn, Dr. Dorothee
Küttner, Normen	Fuchs, Soteria	Reiff, Heidi
Özdemir, Zekine	Fuchs, Soteria	Brachat-Winder, Birgit
Wehinger, Dorothea, MdL	Fuchs, Soteria	---

Kreisjugendhilfeausschuss: bisher

Partei	Mitglied	Stellvertretung
GRÜNE	Hofer, Dr. Sigrid	Fuchs, Soteria
GRÜNE	Özdemir, Zekine	Küttner, Normen
GRÜNE	Wehinger, Dorothea, MdL	Hins, Sabine

Kreisjugendhilfeausschuss: künftig

Partei	Mitglied	Stellvertretung
GRÜNE	Hofer, Dr. Sigrid	Fuchs, Soteria
GRÜNE	Kreitmeier, Dr. Christiane	Küttner, Normen
GRÜNE	Wehinger, Dorothea, MdL	Hins, Sabine

5. Entwicklung einer Sozialstrategie für den Landkreis Konstanz;

Bildung einer Lenkungsgruppe

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Der Bildung einer Auftakt-Lenkungsgruppe zur Erstellung der Sozialstrategie wird zugestimmt.
2. Der Lenkungsgruppe gem. Ziffer 1 gehören die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen des Sozialausschusses an.

Nachrichtlich (Mitglieder aus dem Kreistag gem. Ziff. 2 des Beschlussvorschlags):

CDU:	Kreisrat Andreas HOFFMANN
GRÜNE:	Kreisrätin Dr. Christiane KREITMEIER
Freie Wähler:	Kreisrat Dr. Wolfgang ZOLL
SPD:	Kreisrat Tobias VOLZ
FDP:	Kreisrat Jürgen KECK
DIE LINKE	Kreisrätin Sibylle RÖTH.

Mitglieder der Verwaltung:

Sozialdezernent, Sozialcontrollerin, Amtsleitungen und Kämmereiamt.

6. Neubau einer Atemschutzübungsanlage in Rielasingen-Worblingen;

- a) Aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen
- b) Einsetzung einer Bewertungskommission für die Planerauswahlverfahren

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Bevor diese Kommission tätig wird, findet eine erneute Sitzung des für das Projekt gebildeten Bauausschusses statt. Sollte sich zeigen, dass die Bewertungskommission danach nicht benötigt wird, würde diese auch nicht tagen.

Kreisrätin **Röth** benennt als Mitglied für die Fraktion DIE LINKE Herrn Kreisrat **Pschorr** und als dessen Stellvertreterin Frau Kreisrätin **Behler**.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

- a) Kenntnisnahme.
- b) Für die Entscheidungsfindung in den Planerauswahlverfahren für Objektplanung, Projektsteuerung und Fachplanungsleistungen wird eine Bewertungskommission gebildet. Diese wird besetzt mit sechs Vertretern des Kreistags sowie vier Vertretern der Verwaltung.

Kreistag:

1. Herr Florian Zindeler, CDU
2. Herr Günter Beyer-Köhler, GRÜNE
3. Herr Peter Kessler, FW

Stellvertretung Herr Martin Schäuble
Stellvertretung Herr Normen Küttner
Stellvertretung Herr Bernhard Volk

- 4. Herr Walafried Schrott, SPD
- 5. Frau Kirsten Bröbke, FDP
- 6. Herr Simon Pschorr, DIE LINKE

Stellvertretung Herr Ralf Baumert
Stellvertretung Herr Rupert Metzler
Stellvertretung Frau Antje Behler.

Verwaltung:

- 1. Herr Philipp Gärtner, ELB
- 2. Herr Andreas Egger, Kreisbrandmeister
- 3. Frau Karin Seidl, Amtsleitung Hochbau
- 4. Frau Theresia Gromann, Referatsleitung

Stellvertretung Herr Harald Nops, Dez.
Stellvertretung Herr Thomas Buser, AL
Stellvertret. Frau Theresia Gromann
Stellvertret. Frau Lisa Bauer.

Hinweis:

Nach diesem TOP (TOP 6) wurden zunächst TOP 17 und 17.1 behandelt; sie wurden gemäß Beschluss zu Beginn der Sitzung vorgezogen (Niederschrift siehe unter diesen TOPs).

7. Änderungen Abfallwirtschaftssatzung Landkreis Konstanz

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallwirtschaftssatzung) des Landkreises Konstanz wird gemäß ANLAGE zur Sitzungsvorlage zugestimmt.

8. Kreismedienzentrum:

Änderung der Kosten- und Nutzungsordnung ab 1. September 2021

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Kostenordnung des Landkreises Konstanz für die Inanspruchnahme von Leistungen der Kreisbildstelle vom 22. Oktober 2001 wird zum 31. August 2021 aufgehoben und durch die neue Kosten- und Nutzungsordnung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Kreismedienzentrums mit Wirkung ab 1. September 2021 ersetzt.

9. Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN gGmbH):

Jahresabschluss 2020 Holding

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Der Jahresabschluss betrifft lediglich die Holding. Der für diese ausgewiesene Jahresbetrag von ca. 128.000 EUR bedeutet nicht, dass der GLKN insgesamt nur ein so geringes Defizit aufweist. Für 2020 beläuft sich dieses für den Gesamtkonzern, bestehend aus den beiden Betriebsgesellschaften Hegau-Bodensee-Klinikum GmbH und Klinikum Konstanz GmbH, auf ca. 9,8 Mio. EUR.

Derzeit wird ein Gutachten erstellt, das den Gesundheitsverbund zukunftsfähig machen soll und sobald dieses vorliegt, werden die Ergebnisse den zuständigen Gremien präsentiert, so dass dann entsprechende Beschlüsse gefasst werden können.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH wird damit beauftragt, folgenden Einzelbeschlüssen zuzustimmen:

1. Der Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung wird festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag von 127.788,04 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung wird Entlastung erteilt.

Hinweis:

Die Kreisräte Häusler und Küttner nahmen wegen Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

9.1 Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN gGmbH):

Jahresabschluss 2020 Holding - Entlastung des Aufsichtsrats

Der **Vorsitzende** übergibt die Leitung der Sitzung an Kreisrat **Baumert**.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH wird damit beauftragt, der Entlastung des Aufsichtsrats zuzustimmen.

Hinweis:

Landrat Danner sowie die Kreisrätinnen und Kreisräte Dr. Both-Pföst, Häusler, Hoffmann, Dr. Geiger, Dr. Kreitmeier, Küttner, Hans-Peter Lehmann, Siegfried Lehmann, Schrott und Staab nahmen wegen Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

9.2 Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH (GLKN gGmbH):

Bürgschaftsantrag zur Beschaffung einer Telefon- und Patienteninfotainmentanlage im Hegau-Bodensee-Klinikum

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Der Übernahme einer Bürgschaft in Höhe von bis zu 1.380.000 EUR zugunsten der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH für die Beschaffung einer Telefon- und Pa-

tienteninfotainmentanlage im Hegau-Bodensee-Klinikum wird, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, auf Basis des Betrauungsaktes gegenüber der Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz gGmbH vom 24. Juli 2018 zugestimmt.

2. Für die Gewährung der Bürgschaft fordert der Landkreis eine Avalprovision in Höhe von 1/3 des Zinsvorteils.

Hinweis:

Befangenheit: Kreisräte Häusler und Küttner.

10. Parkraumbewirtschaftung an den Liegenschaften des Landkreises Konstanz

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage und die Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss. Über die Thematik wurde noch nicht abschließend beraten, d. h., der Beschlussvorschlag stellt noch nicht die Endversion dar. Er soll vielmehr den Weg zu einem Ergebnis skizzieren, entsprechende Gespräche mit den Städten werden noch geführt.

Unabhängig davon sollte der Kreistag signalisieren, ob der Weg fortgesetzt werden soll, trotz den absehbaren Problemen. Der Personalrat des Landratsamtes wird ebenfalls in die weiteren Gespräche mit einbezogen.

Kreisrat Beyer-Köhler

Es ist gut, dass das Thema an Fahrt aufnimmt. Dabei muss man natürlich auch die Städte mit einbeziehen, Stichwort "Anwohnerparken". Der Beschlussvorschlag ist grundsätzlich in Ordnung, allerdings wird ein Änderungsantrag eingebracht. In Ziff. 3 sollte die Ausnahmeregelung für Kreisräte gestrichen werden.

Kreisrat Weckbach

Es ist gut, dass das mit dem Änderungsantrag klargestellt ist (keine Ausnahme für Mitglieder des Kreistags).

Man steht noch ganz am Anfang der Debatte, zunächst muss man mit den Städten und Gemeinden und den Schulen reden. Eine gute Kommunikation ist dabei sehr wichtig. Danach sollte sich zunächst der Kultur- und Schulausschuss mit der Angelegenheit befassen. Dabei ist insbesondere von Belang, wie sich die Städte und Gemeinden zum Problem einer evtl. Verlagerung von parkenden Autos von Schülerinnen und Schülern in anliegende Wohngebiete stellen. Das muss gründlich durchdacht werden und dafür sollte man sich auch die erforderliche Zeit nehmen. Damit kann die Neuregelung nicht schon vor dem 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Kreisrat Keck

Aus Sicht der Fraktion der FDP stellt sich der Sachverhalt ganz anders dar – die Befassung erfolgt zu einer Unzeit, weil man Schüler grundsätzlich nicht zur Kasse bitten sollte. Auch die Umsetzung ist nicht nur sehr kompliziert, sondern schlicht und einfach nicht praktikabel. Offen ist z. B. auch noch, wie die Einhaltung der neuen Parkregelung kontrolliert werden soll. Dass dies die Städte mit erledigen, ist nicht machbar, zumal die städtischen Vollzugsdienste – zumindest in Radolfzell – schon heute überlastet sind. Auch soziale Gründe sprechen gegen die Einführung einer solchen punktuellen Parkraumbewirtschaftung.

Das gibt in jeder Hinsicht "böses Blut" – das ist schon heute beim BSZ in Radolfzell sichtbar. Hier gibt es viele private Häuser mit sehr wenigen Stellplätzen, die mehr kosten. Da wird es eine "Flucht nach außen" geben und da ist ein Streit um Ausnahmeregelungen vorprogrammiert. Die Idee an sich ist gut, aber die Umsetzung ist mit so vielen Problemen behaftet, dass man das lassen sollte.

Kreisrätin **Behler**

Das Konzept klingt gut – aber wie viele Schülerinnen und Schüler werden dadurch auf den ÖPNV umsteigen? In der Vorlage sind viele Punkte genannt, doch was die verstärkte Nutzung des ÖPNV angeht, bestehen doch Bedenken. Der ÖPNV ist zwar besser geworden, aber immer noch nicht so gut, dass alle Schülerinnen und Schüler diesen nutzen können, insbesondere im ländlichen Raum gibt es nach wie vor Defizite. Diese Schülerinnen und Schüler werden auch nach der Einführung von Parkgebühren ihren Pkw für die Fahrt zur Schule nutzen.

In der Sitzungsvorlage steht, dass das "App-Parken" für den Landkreis nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden ist, für den Parkenden jedoch mit einem 10 %-igen Aufschlag auf die anfallende Parkgebühr. Dies ist nicht nachvollziehbar, warum ist das so?

Der Preis ist zwar niedrig, aber dieser soll von allen bezahlt werden. Solidarität bedeutet aber etwas Anderes – Reiche zahlen mehr, Arme weniger. Im Übrigen muss der ÖPNV noch besser werden, bevor Parkgebühren eingeführt werden. Stichwort: Vorrang von "Pull-Faktoren" vor "Push-Faktoren".

Es war auch die Rede davon, dass der Personalrat beim Landratsamt einbezogen werden soll – wie soll sichergestellt werden, dass auch die Schülerinnen und Schüler gehört werden? Denn diese sind ja direkt betroffen. Die Fraktion DIE LINKE kann dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen.

Kreisrat **Schrott**

Zunächst einmal vielen Dank für die Vorlage/den Entwurf für ein solches Konzept. Man sollte dieses nicht vor einer intensiven Diskussion aufgeben, sondern mit den Städten und den Schulen besprechen. Z. B. was die Überwachung durch den jeweiligen städtischen Vollzugsdienst angeht und wie dies konkret umgesetzt werden könnte (Ziff. 4 des Beschlussvorschlags).

Bei einem Preis von 80 Cent pro Tag (4 Stunden á 20 Cent) die Frage nach einem Sozialticket zu stellen, ist nicht angemessen. Klimaschutz kostet Geld und wenn solch geringe Beträge dabei ein Problem sein sollten, könnte man den Klimaschutz auch gleich lassen. Im Übrigen ist nicht nachvollziehbar, wie man überhaupt auf den genannten Betrag kommt.

Ansonsten wird Kreisrat **Weckbach** zugestimmt – zunächst sollten sich die Fachausschüsse (Kultur- und Schulausschuss und Verwaltungs- und Finanzausschuss) mit der Angelegenheit befassen. Auch wenn das nicht einstimmig beschlossen werden sollte, sollte man so verfahren und emotionslos an die Sache herangehen, hier geht es auch um unsere Umwelt. Die Verwaltung hat den Auftrag des Kreistags umgesetzt und jetzt sollte man – wie bereits erwähnt – prüfen, was machbar ist. Dabei ist es sehr interessant, wo man am Ende landen wird.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Es gibt nicht an allen Standorten Parkplätze – selbst in Konstanz gibt es eine Schule mit und eine ohne Parkplätze. An der Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz gibt es 26 Parkplätze, obwohl es dort sehr viel mehr Schülerinnen und Schüler gibt. Die Schülerinnen und Schüler fahren dann einfach "auf gut Glück" auf das Schulgelände bzw. die anliegenden Straßen und das ist nicht gut. Hier wäre eine Parkraumbewirtschaftung angebracht, zumal es einen sehr guten Anschluss an den ÖPNV gibt (Bahnhof Konstanz – Petershausen).

In Singen sieht das anders aus – an der Robert-Gerwig-Schule und der Hohentwiel-Gewerbeschule gibt es insgesamt 90 Parkplätze. Hier würden Parkgebühren zu einer Verlagerung des Parkens in die nahegelegenen Wohngebiete führen. Dabei sind Parkplätze gerade auch für die Anwohner sehr wichtig, diesen muss ein Parkrecht eingeräumt werden. Eigentlich benötigt man dafür heute schon Regeln, die es aber bisher nicht gibt.

Am BSZ Radolfzell gibt es 120 Parkplätze, diese wurden im Zuge des Neubaus geschaffen.

An der Mettnau-Schule Radolfzell gibt es keine Parkplätze, wobei die Schülerinnen und Schüler schon heute vom Bahnhof zur Schule laufen – und dies, obwohl nicht alle einen guten ÖPNV-Anschluss haben. Das wird einfach gemacht.

Ein Einstieg in die Parkraumbewirtschaftung ist gut und machbar, wobei es um die Bewirtschaftung der knappen Flächen geht und keinesfalls um die Schaffung neuer, zusätzlicher Parkplätze. Also kein "freies Parken für freie Bürger" mehr.

Kreisrat Zähringer

Zunächst einmal ist es mir persönlich möglich, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zum Arbeitsplatz Schule zu gelangen, insofern wird auch kein Parkplatz benötigt. Es geht also nicht um einen "Kampf" um die 150 EUR, die eine Jahresparkkarte für Mitarbeitende kosten soll. Es wird auch nicht die Meinung der Mehrheit der SPD-Fraktion geteilt bzw. vertreten.

Wenn man sich den Beschlussvorschlag und das Fazit am Ende der Sitzungsvorlage anschaut, dann passen die nicht zusammen. Das von der Verwaltung im der Sitzungsvorlage aufgeführte Konfliktpotenzial ist sicher vorhanden. Eine Rücksprache mit den anderen Schulleiterkollegen ergab, dass der Preis angesichts der sehr geringen Beträge nicht das Problem darstellt. Es geht vielmehr darum, dass die Schulleitungen an gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit den Anwohnern angewiesen sind. Diese waren bisher – trotz Corona – gut. Durch das Schließen der Raucherzonen verlagerte sich z. B. das Rauchen in die Außenbereiche und darauf haben die Anwohner sehr tolerant reagiert, was nicht selbstverständlich ist.

Schulen sind anders als Behörden, daher wird der Vorschlag von Kreisrat **Weckbach**, dass sich zunächst der Kultur- und Schulausschuss mit der Sache befassen soll, begrüßt. Es muss eine Abstimmung zwischen den Schulleitungen erfolgen, denn diese müssen danach die Konflikte mit der Nachbarschaft "aushalten". Klimaschutz ja, aber viele Berufsschüler haben nur 1 – 1,5 Tage/Woche Unterricht und sind über 18 Jahre alt. Am Nachmittag müssen diese in den Betrieben arbeiten, das ist mit dem ÖPNV nicht machbar. Viele würden ja gerne den ÖPNV benutzen, aber wenn sich die Verbindungen nicht nochmals deutlich verbessern sollten, ginge das nicht (Stichwort: E-Mail von Kreishandwerksmeister Blender).

Kreisrat Staab

Es muss heute offen bleiben, wie ein schlüssiges Konzept aussehen könnte, da gibt es noch viele Probleme zu lösen. Ein Problem stellt in der Tat die Verlagerung des Parkens in Wohngebiete dar. Damit dies nicht geschehen kann, muss man sich darüber viele Gedanken machen. Außerdem muss man auch die in der erwähnten Mail der Kreishandwerkerschaft aufgeführten Punkte berücksichtigen. Dem Grundsatz nach kann man heute – mit aller Vorsicht – zustimmen, wobei das nicht bedeutet, dass man auch dem Endergebnis zustimmen wird.

Kreisrat Beyer-Köhler

Eine solche Auseinandersetzung wurde heute nicht erwartet, wobei klar ist, dass es um Besitzstände geht. Fakt ist, dass die Städte voller Autos sind und dass auch das Thema Klimaschutz eine viel stärkere Rolle spielen muss. Deshalb muss eine Lenkungsfunktion sein – und ein Baustein dazu ist die Parkraumbewirtschaftung. Auch die Städte müssen da etwas tun. In Konstanz gibt es nicht nur linksrheinische Gebiete, sondern auch rechtsrheinische. In Freiburg kostet das Tages-Parkticket 4 EUR, in Biberach 1,60 EUR. Der avisierte Preis von 0,80 EUR ist dem gegenüber viel billiger. Es ist also nicht angemessen, davon zu reden, die Konzeption "in die Tonne zu kicken", denn dies wird der Problematik nicht gerecht.

Kreisrat Jüppner

Die Sache ist heute nicht entscheidungsreif, da muss es viele Ausnahmen geben. Schülerinnen und Schüler, die im ländlichen Raum wohnen und deshalb den ÖPNV nicht nutzen können, dürfen dafür nicht bestraft werden. Das wäre das falsche Signal. Und klar ist auch, dass das nur

ein Einstieg ist – die Preise werden steigen und das geht nicht.

Vorsitzender

Es handelt sich um einen ersten Schritt, daher sollte der richtungsweisende Beschluss gefasst werden. Mit der Modifikation, dass es für Mitglieder des Kreistags keine Ausnahme geben soll. Darüber könnte man ggf. auch separat abstimmen.

Danach würde man dann Kontakt mit den Städten und den Schulen aufnehmen und danach wieder in die Gremien gehen. Den Grundsatzbeschluss mit der entsprechenden Richtungsvorgabe sollte aber heute gefasst werden.

Kreisrätin Röth

Die Frage ist, ob es hilfreich wäre, in Ziff. 1 des Beschlussvorschlags statt "soll umgesetzt werden" zu schreiben "soll weiter verfolgt werden"?

Kreisrat Weckbach

Man sollte zunächst die offenen Fragen klären und nicht schon heute durch eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag Vorfestlegungen treffen. Es wird daher der Antrag gestellt, die offenen Fragen zu klären, die Konzeption weiter zu verifizieren und dann in die Fachausschüsse zu gehen. Danach sollte man mit dem endabgestimmten Konzept in den Kreistag kommen.

Insofern wird der Antrag gestellt, den Antrag zu vertagen und unter Berücksichtigung der heutigen Debatte weiter zu verfolgen.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Allein eine Weiterverfolgung bedeutet gar nichts – die Verwaltung muss wissen, in welche Richtung sie weiter vorgehen bzw. verhandeln soll. Es ist klar, dass die verschiedenen Anträge, die noch beschlossen werden, einen Rahmen bilden. Und dieser Rahmen soll der Auftrag an die Verwaltung sein, weitere Verhandlungen zu führen. Z. B. mit dem Personalrat des Landratsamts usw. Wie das Gesamtkonzept dann aussieht, wird im Laufe des Prozesses erarbeitet.

Dabei muss die Frage der "Verdrängung", d. h. die Verlagerung des Parkens in die Wohngebiete, noch ausführlich behandelt werden. Auch die Höhe der Parkgebühren muss noch festgelegt werden. Deswegen ist es schon richtig, heute zu sagen, dass man die Umsetzung des genannten Konzepts will, aber die Details erst zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden. Eine Kenntnisnahme allein reicht nicht, die Verwaltung benötigt eine entsprechende Orientierung.

Vorsitzender

Es liegen verschiedene Anträge vor – der Antrag auf Vertagung und weitere Behandlung in den Ausschüssen von Kreisrat **Weckbach** ist der weitestgehende, sodass zunächst darüber abgestimmt wird. Dabei geht es darum, die Beschlussfassung zu vertagen und die Verwaltung damit zu beauftragen, das Konzept für eine Parkraumbewirtschaftung an den Liegenschaften des Landkreises Konstanz unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung erfolgten Beratung weiter zu bearbeiten. Die Vorberatung erfolgt zunächst in den Fachausschüssen, die abschließende Beratung danach im Kreistag.

Auf Nachfrage von Kreisrat **Beyer-Köhler**, wann die weitere Beratung in den Ausschüssen erfolgt, antwortet der **Vorsitzende**, dass dies noch im laufenden Jahr 2021 der Fall sein soll.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen weniger Nein-Stimmen):

1. Die Beschlussfassung wird vertagt.

2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, das Konzept für eine Parkraumbewirtschaftung an den Liegenschaften des Landkreises Konstanz unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung erfolgten Beratung weiter zu bearbeiten.
3. Die weitere Beratung erfolgt in den zuständigen Fachausschüssen, danach im Kreistag.

11. Aufnahme des Ausbaus der Bodenseegürtelbahn in den Bundesverkehrswegeplan

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Fraktionsübergreifend wurde beantragt, einen Versuch zu starten, den Ausbau der Bodenseegürtelbahn in den Bundesverkehrswegeplan zu bekommen. Aktuell gilt der Bundesverkehrswegeplan bis 2030.

Die Resolution kommt aber zum richtigen Zeitpunkt: das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur prüft spätestens nach Ablauf von fünf Jahren, ob die drei Bedarfspläne für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße an die zwischenzeitlich eingetretene Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung anzupassen sind. Die notwendigen Vorbereitungen für die Durchführung dieser sogenannten Bedarfsplanüberprüfung (BPÜ) wurden eingeleitet. Da ist es schon wichtig, „die Hand zu heben“ und die Aufnahme in den Plan bzw. den vordringlichen Bedarf zu reklamieren.

Anzumerken ist, dass der Landkreis mit einem solchen Beschluss seine bisherige Linie bei der Planung verlässt. Aktuell planen die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz, weil der Bund nichts tut. Mit der Resolution wird der Bund aufgefordert, tätig zu werden. Es wird also zweigleisig gefahren, wobei sich das nicht grundsätzlich widerspricht.

Die Resolution kann bei einem Gespräch in der kommenden Woche mit dem neuen Ministerialdirektor im Landesverkehrsministerium über allfällige ÖPNV-Themen übergeben werden.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

1. Die Bodenseegürtelbahn (BSGB) ist Teil der Hauptstrecke Basel – Singen – Radolfzell – Friedrichshafen – Ulm.
2. Die Bahnverbindung Basel – Friedrichshafen – Ulm ist die einzige und wichtigste Ost-West-Bahnverbindung im Süden Deutschlands.
3. Die Bedeutung der Hauptstrecke im südlichsten Süden Deutschlands zeigen die Fahrzeiten von Basel (Badischer Bahnhof) nach München Hauptbahnhof. Mit dem ICE über Stuttgart sind es 5:04 Stunden, mit dem IRE über Friedrichshafen und Ulm und weiter mit dem IC nach München sind es nur 4:30 Stunden. Es gibt keine bessere Alternative.
4. Der Streckenabschnitt Friedrichshafen – Ulm der Südbahn ist bereits im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Die BSGB muss als ergänzend hinzukommen.
5. Die BSGB ist für die Schieneninfrastruktur das Pendant zur Bundesstraße B 31 (Europastraße E 54) im Bodenseeraum und von überregionaler Bedeutung.

12. Verkehrsverbund Hegau - Bodensee (VHB);

Tarifanpassungen zum 1. Januar 2022

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage und den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Technischen und Umweltausschusses.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

1. Die beabsichtige Tarifierhöhung des Verkehrsverbundes Hegau-Bodensee (VHB), die dieser im Rahmen seiner Tarifhoheit bei den Genehmigungsbehörden (Regierungspräsidium Freiburg und Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg) beantragen wird, wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Landkreis leistet seinen Zuschuss an den Tarifverbund in Höhe des vereinbarten Betrages (1.220.000 EUR/Jahr). Über diesen Betrag hinaus erstattet der Landkreis dem Verbund die Mindererlöse für die Schülermonatskarte „Light“ gemäß dem Beschluss des Kreistags vom 6. Juni 2011. Der Anteil Verbundzuschuss des Landes nach dem ÖPNVG wird an den Verbund unverändert weitergeleitet.
3. Für die ermäßigte Schülermonatskarte gilt dieselbe Preisentwicklung wie die der Plus-Karte im VHB. Ab dem 1. Januar 2022 kostet die SMK light in der Preisstufe 1 unverändert 35,10 EUR.
4. Eine weitere Bezuschussung zur Abdeckung von Mindererlösen erfolgt nicht.

13. Verleihung eines "Klimaschutzpreises Landkreis Konstanz";

Einführung, Förderrichtlinien und Verfahren

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Auf Antrag der Fraktion der GRÜNEN hat sich der Technische und Umweltausschuss (TUA) in seiner letzten Sitzung mit der Thematik befasst. Dabei wurde beschlossen, den Antrag zu vertragen, aber es wurde zugesagt, zu prüfen, ob man den Teilaspekt „Klimaschutzpreis“ doch schon im Kreistag behandeln könnte.

Dies ist gelungen - Ziel des Preises ist es, über neue Wege zum Klimaschutz nachzudenken und das Bewusstsein für die Belange des Klimaschutzes vor Ort zu schärfen.

Heute geht es um eine Grundsatzentscheidung, die weitere Beratung und Erarbeitung konkreter Richtlinien erfolgt im TUA.

Kreisrat **Storz**

Man hat sich in der Fraktion der SPD Gedanken darüber gemacht, ob es nicht auch in diesem Falle sinnvoller wäre, zuerst die Richtlinien zu erstellen und dann erst über diesen Preis, der ja grundsätzlich etwas Gutes ist, zu beraten und zu beschließen. Weil man den Preis z. B. an einen Landwirt, der weniger Pestizide ausbringt oder einen Blühstreifen an seinen Acker anlegt, vergeben könnte. Oder an einen Unternehmer, der sein Gebäude mit einer PV-Anlage versieht oder seine Kantine umrüstet oder Jobräder anbietet – oder auch an das Landratsamt, wenn eine Abteilung eine besonders gute Idee haben sollte.

Es wäre daher gut, erst einmal zu überlegen, welche Richtlinien es für den Preis geben sollte und ob der Preis – wie beim Inklusionspreis – als „Set-Preis“ für 10.000 EUR verliehen werden soll oder ob dieser auch aufgeteilt werden kann. Es wäre also ganz hilfreich, wenn man ein

paar Eckpunkte hätte, um dann darüber zu beraten und zu beschließen, ob man das überhaupt machen sollte.

Vorsitzender

Es wird mitgenommen, dass man einen Umweltpreis auch in der SPD-Fraktion für gut befindet. Daher sollte man die Einführung des Preises grundsätzlich beschließen und dann im Technischen und Umweltausschuss (TUA) über die Details beraten.

Kreisrat Prof. Dr. Luick

Der Verwaltung wird für die Aufnahme des Anliegens gedankt. Es geht darum, dass das Thema "Klimaschutz" öffentlich eine erhöhte öffentliche Wahrnehmung erhält. Diese kann durch die Anerkennung für besondere Leistungen in diesem komplexen und vielschichtigen Bereich gefördert werden. Hier muss man viel schneller als bisher konkret werden und darf sich insbesondere auch nicht in Details verlieren.

Es geht um die Prämierung von Projekten aus der Praxis, die sowohl vorbildlich als auch nachahmbar sind, also "Best Practice-Beispiele", auch im Bereich der Bildung. Adressat sind Vereine, NGOs, private Unternehmen und evtl. auch die öffentliche Hand. Geeignet wäre in diesem Bereich z. B. die sehr gute Planung für das neue BSZ in Konstanz, die heute vorgestellt worden ist.

Man sollte dabei nicht das ganze Preisgeld für einen Preisträger verwenden, sondern dieses aufteilen, da es in vielen Bereichen gute Projekte geben wird. Dem Preis kommt eine Multiplikatorenfunktion zu, es geht um eine Sichtbarmachung der Thematik.

Vorsitzender

Das Anliegen ist angekommen, wobei eigene Projekte des Landkreises eher nicht aufgenommen werden sollten. Aber Genaueres wird im TUA beraten.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen):

1. Der Landkreis Konstanz vergibt ab dem Jahr 2022 jährlich einen Klimaschutzpreis und stellt dafür jährlich 10.000 EUR zur Verfügung.
2. Die Vergabe des Klimaschutzpreises erfolgt nach den im Technischen und Umweltausschuss zu erarbeitenden Richtlinien.
3. Für die Vergabe wird eine Jury eingerichtet; diese besteht aus dem Dezernenten für öffentliche Ordnung und Klimaschutz (Vorsitz), dem Klimaschutzmanagement des Landkreises und je einer von den im Kreistag vertretenen Fraktionen benannten Vertreter/in.

13.1 Klimaschutz;

Forderungskatalog von "Fridays for Future"

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass Fridays for Future der Verwaltung am 18. Juni 2021 den beiliegenden Forderungskatalog für einen klimaneutralen Landkreis übergeben hat, nachdem zuvor vor dem Landratsamt eine Demonstration stattgefunden hat. Dabei wurde Frau **Mühlhof** zugesagt, die Forderungen aufzunehmen und das Thema auf die Tagesordnung des Kreistags zu setzen, was auch geschehen ist.

Kreisrätin Frank

Fridays for Future hat einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt, in den viel Zeit und

Arbeit investiert wurde. Leider erfolgte keine Einladung an einen Vertreter dieser Organisation. Es wird daher der Antrag gestellt, einem Vertreter von Fridays for Future hier und heute die Gelegenheit zu geben, das Anliegen im Rahmen einer Anhörung vorzustellen bzw. zu erläutern.

Vorsitzender

Im Laufe dieser Woche findet ein Gespräch mit Fridays for Future statt. Es wird vorgeschlagen, die Anhörung auf ca. 5 Minuten zu beschränken.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen, mehrere Enthaltungen):

Der Anhörung eines Vertreters von "Fridays for Future" wird zugestimmt; die Redezeit wird auf 5 Minuten festgelegt.

Herr Manuel Oestlinger erläutert den Forderungskatalog; seine Ausführungen liegen dieser Niederschrift als **ANLAGE 1** bei.

Vorsitzender

Es findet noch in dieser Woche ein Gespräch statt. Im Übrigen enthält die Sitzungsvorlage eine Zusammenfassung der bisher erfolgten Maßnahmen.

Kreisrat Schreier

Die Dringlichkeit in Sachen Klimaschutz ist allen klar – da muss viel mehr gemacht werden. Zumal bekannt ist, dass die Klimaschutzziele des Pariser Abkommens nicht mehr erreicht werden können. Insbesondere der Landkreis Konstanz hinkt dabei weit hinterher.

Mit dieser Erkenntnis beginnt auch die Veränderung: bereits im Verwaltungs- und Finanzausschuss (VFA) wurde angesprochen, dass es dazu eines zentralen Ansatzes bedarf – eines CO₂-Budgets. Es muss geklärt werden, wie das Budget für den Landkreis aussieht und wie sich dieses durch Maßnahmen des Landkreises verändert. Nur so kann man über Einzelmaßnahmen hinaus strategisch tätig werden.

Das muss heute nicht weiter vertieft werden, es ist keine einfache Aufgabe, dies auszugestalten. Auch auf Landes- und Bundesebene ist das ein Thema. Das Land hat das zwar in den Koalitionsvertrag aufgenommen, aber noch nicht umgesetzt. Die Aufstellung in der Sitzungsvorlage enthält viele Einzelmaßnahmen, die für sich gesehen zwar richtig sind, aber das allein genügt nicht, um der Misere Herr zu werden – man benötigt, wie bereits erwähnt, einen strategischen Ansatz.

Der Klimaschutz wurde im Kreistag in den letzten Jahren thematisiert und es wurden auch viele Ziele beschlossen. Allerdings hakt es bei der Umsetzung.

Das betrifft nicht nur den Landkreis – wenn man z. B. die beiden großen Bereiche der Energiegewinnung, also den Ausbau der Freiflächen für PV-Anlagen und der Windkraft betrachtet, dann besteht dort erheblicher Verbesserungsbedarf. Dies betrifft zwar nicht den Kreistag als solches, weil der Landkreis dort als Untere Verwaltungsbehörde tätig wird. Aber auch da ist es wichtig, dass man sich darüber im Kreistag Gedanken macht und den Anstoß gibt, dass man bei den Verfahren, in denen der Landkreis beteiligt ist, viel schneller wird als bisher.

In Tengen ist man gerade dabei, eine große Freiflächenvoltaikanlage zu planen. Dabei muss auch geprüft werden, ob vorhandene Dachflächen vorhanden sind, die dafür geeignet wären bzw. verwendet werden könnten. Im Endeffekt muss sicher beides gemacht werden, um bei der Energiewende voranzukommen, aber das zeigt, dass man sich auch als Kreistag dafür ein-

setzen sollte und ein Signal setzen könnte, auch wenn es sich um eine Aufgabe der Unteren Verwaltungsbehörde handelt.

Dies gilt auch für die Windkraft, wobei hier das zentrale Hemmnis nicht die fehlenden Flächen sind, sondern der Natur- und Artenschutz. Die meisten Mitglieder des Kreistags werden die geplante Errichtung eines Windparks in Engen/Staufenberg mit verfolgt haben. Dort besteht der Wunsch der Bürgerschaft, eine Windkraftanlage zu installieren, was allerdings durch den Natur- und Artenschutz "ausgebremst" wird. Auch hier muss der Kreistag den politischen Willen zum Ausdruck bringen, dass die Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden müssen, wenn man nicht nur Beschlüsse fassen, sondern diese auch umsetzen will.

Kreisrätin Röckelein

Es gibt zwei Vorlagen – den Forderungskatalog von Fridays for Future und die Vorlage der Verwaltung, in der die bisherigen Aktivitäten aufgezählt sind. Es ist zwar gut, dass bereits etwas gemacht wird, aber das ist viel zu wenig und man hat damit auch viel zu spät begonnen.

Maßgeblich ist eine Orientierung am CO₂-Budget. Der Bericht "Monitor Energiewende 2020 für den Landkreis" geht bereits von einer Erwärmung um 1,75 Grad aus und daraus wird ersichtlich, dass man sich alles andere als auf einer Zielerreichungsgeraden befindet.

Bereits 2019 hat der Kreistag die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts beschlossen, das benötigt wird, um die Dinge zusammenzuführen. Bisher hat sich aber diesbezüglich noch immer nichts getan und das ist niederschmetternd. Da muss man sich fragen, was getan werden muss, damit sich dies nicht wiederholen kann und man nicht nochmals zwei Jahre verliert. Es muss endlich vorangehen, das ist man der künftigen Generation, die eine Zukunftsperspektive benötigt, schuldig.

Der Forderungskatalog von Fridays for Future enthält viele Punkte, von denen einige besonders hervorgehoben werden sollen: es bedarf eines Klimaschutzkonzepts, eines CO₂-Budgets und eines Absenkungspfads mit Zwischenzielen.

Die Festlegung eines internen CO₂-Preises ist nicht einfach und vielleicht fehlt dazu momentan auch noch die Kompetenz dazu. Allerdings muss man das hinbekommen, zumal es auch um einen generationengerechten Haushalt geht. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern dass man den kommenden Generationen keine teuren Klimaschulden in Form von Klimafolgekosten hinterlässt, die diese nicht bezahlen könnten.

Wichtig wäre auch eine kreisweite Wärmeplanung. Dies ist zwar neu und in erster Linie Sache der Städte und Gemeinden, aber hier könnte man innovativ sein und die kleineren Gemeinden "an die Hand nehmen" und so für eine gerechte Aufteilung sorgen. Damit könnte man auch ein Wettrennen vermeiden, wenn dies zu einem späteren Zeitpunkt kommen sollte.

Das Thema Klimaschutz ist nicht nur auf den Landkreis begrenzt und es besteht eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit. Aber das ist bei vielen Dingen so und kein Grund dafür, nichts zu tun, hier muss jeder seinen Anteil leisten. Man sollte auch über den Landkreistag und den Städte- und Gemeindetag Druck entfalten, damit die Sache an Fahrt gewinnt.

Es wird angekündigt, dass die Fraktion der GRÜNEN mit einigen Anträgen kommen wird, die im Forderungskatalog enthalten sind. Dazu gehört die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts, das ja bereits beantragt worden ist. Dieses Konzept könnte auch durch Externe erstellt werden – das wurde im Technischen und Umweltausschuss zwar abgelehnt, aber hier muss es endlich vorangehen.

Weitere Punkte sind – wie erwähnt – die strategische Wärmeplanung, der interne CO₂-Preis und zuletzt auch die energetische Sanierung. Diese kann nicht weiter in Kategorie 5 bleiben, sondern muss bei den Prioritäten deutlich weiter oben stehen.

Kreisrätin Özdemir

Die Sitzungsvorlagen wurden ergänzt und enthalten jetzt viel mehr Informationen zu den finanziellen Aspekten. Hier sollte auch eine zusätzliche Rubrik "Klimaschutz" aufgenommen werden, das würde zu einer weiteren Sensibilisierung für die Thematik führen.

Vorsitzender

Dies war auch ein Ziel bei der Umstellung, allerdings fehlte es dafür an Bezugsgrößen und Fachwissen. Frau Metz, die bisherige Klimaschutzbeauftragte, war da dran und sobald ihre Nachfolge feststeht, wird dies erneut angegangen. Die Verwaltung hat das fest im Blick.

Kreisrat Häusler

Die Zusammenstellung der Verwaltung ist hilfreich, ein Dank gebührt aber auch Fridays for Future für den Forderungskatalog. Das Thema wird ernst genommen, aber ohne Fridays for Future wäre in den letzten zwei Jahren nicht nur in unserer Region so viel geschehen und dadurch ist die Sache in der Öffentlichkeit nach wie vor sehr präsent. Dieses besondere Engagement der jungen Menschen "ist aller Ehren wert".

Die Sache ist also bei den Menschen angekommen, das zeigen auch die Umfragen klar und deutlich. Man muss allerdings schon genau hinschauen – letztlich entscheidet das persönliche Verhalten darüber, wie ernst man es damit meint. Denn bei der konkreten Frage, ob man mit dem Flugzeug in den Urlaub fliegt oder mit dem Kreuzfahrtschiff verreist, entscheiden sich dann doch viele dazu, das zu tun. Und als Ausgleich dafür wird dann z. B. ein Baum in Afrika gepflanzt. Dies ist kein Klimaschutz, hier ist jeder persönlich gefordert, ökologisch sinnvoll zu handeln.

Viele Ziele im Forderungskatalog sind umsetzbar und man ist auch bereits an deren Umsetzung. Andere Forderungen sind dies nicht, vor allem nicht bereits bis 2030, das ginge an der Lebensrealität vorbei. Wenn man z. B. nur noch mit Holz bauen sollte, dann muss dieses ja irgendwo herkommen und der Markt ist bereits heute sehr angespannt. Das gilt auch bezüglich der E-Mobilität oder dem Einsatz von Luft-Wärmepumpen.

Man muss von einer eindimensionalen Betrachtung wegkommen, denn damit werden nur neue Probleme geschaffen. Hier muss vielmehr mehrdimensional gedacht und gehandelt werden, ein ganzer "Mix" von Maßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen, würde dem Ziel viel mehr gerecht. Dazu gehört auch eine zunehmende Forschung in allen Bereichen, nicht nur die Fokussierung auf bestimmte Felder. Hier muss die öffentliche Hand Förderungen für ein breites Spektrum auflegen.

Mit Ideologien und Verboten auf beiden Seiten kommt man nicht weiter, das würde nur zu unnötigem Widerstand und Frust in der Bevölkerung führen. Es geht vor allem darum, Angebote zu schaffen und die Menschen auf diese Weise dazu zu bewegen, umzudenken und ihr Verhalten zu ändern.

Dazu gehört u. a. auch das Thema Parkraumbewirtschaftung in einem vorherigen TOP – es ist schwer nachvollziehbar, warum man heute dazu keinen Beschluss gefasst, sondern mehrheitlich für eine Vertagung gestimmt hat. Auch die Aussage von Kreisrat Schrott zum Preis von 80 Cent/Stunde war völlig richtig – wenn schon dieser geringe Betrag zu hoch sein sollte, dann kann man den Klimaschutz gleich lassen, denn der kostet Geld.

Es wird Veränderungen geben müssen – wobei Klimaschutz nicht nur "weh" tun muss, sondern auch Freude bereiten sollte. Manchen würde es sicher auch gesundheitlich gut, wenn sie öfter das Fahrrad benutzen würden als bisher. Insofern sollte man Angebote schaffen, man muss die Menschen davon überzeugen, dass man sich künftig anders verhalten muss.

Es wäre auch eine Möglichkeit, wenn jemand, der sich sehr für den Klimaschutz einsetzt und

dafür auf die Straße geht, am Freitag oder Samstagabend nach Singen kommen würde, wenn sich die Tuner an den Tankstellen in treffen. Es handelt sich dabei keineswegs in erster Linie um Menschen über 60 Jahre, sondern vorwiegend um junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren, die mit PS-starken Autos unterwegs sind. Momentan geht das zwar nicht, weil die Stadt Singen dem einen Riegel vorgeschoben hat, aber wenn es einem Klimaaktivsten gelingen sollte, den einen oder anderen Teilnehmer von einem Klimaschutzgerechten Verhalten zu überzeugen, dann wäre schon viel gewonnen.

Die CDU-Fraktion wird sich auch künftig für den Klimaschutz einsetzen und die Verwaltung dabei unterstützen.

Kreisrat Hug

Die AfD ist wohl nicht die einzige Partei, die Ungereimtheiten und Widersprüche im Papier von Fridays for Future entdeckt hat. Darunter sind sicher einige Ideen, die erwähnenswert und auch sinnvoll sind. Aber wenn behauptet wird, dass man den Forderungen weit hinterher hinkt, dann liegt das vielleicht auch daran, dass die Ideologie von der Realität eingeholt wird.

Da wird beispielsweise gefordert, dass es mehr Mischwälder geben sollte. Dies ist eine gute Idee, gerade auch im Hinblick auf die zunehmenden Extremwittersituationen. Aber dass dann weniger Holzeinschlag erfolgen und gleichzeitig bei Neubauten nur noch überwiegend mit Holz gebaut werden soll – wie soll das gehen? Das passt nicht – das Holz muss ja irgendwo herkommen.

Ein weiterer Punkt: Wenn das Konzilsgebäude, in dem der Kreistag heute tagt, nur aus Holz gebaut worden wäre, dann würde es heute kaum noch stehen. Man muss sich also auch Gedanken in Richtung Nachhaltigkeit machen.

Wenn man einen Baustoff verwendet, der witterungsresistent ist, dann ist das sicher nachhaltiger, als wenn man einen nachwachsenden Rohstoff wie Holz verwendet, der in wenigen Jahren der Verwitterung unterliegt und verfault/zerfällt.

Zur Diskussion um den ÖPNV: in den urbanisierten Metropolen ist das sicher sinnvoll. Aber im ländlichen Raum ist das anders – ein Bus mit zwei Fahrgästen oder eine Leerfahrt emittiert sicher mehr Schadstoffe als ein mit zwei Menschen besetzter Pkw.

Wir leben hier in einem ländlichen Raum und da kann man nicht jeden Ort mit einem regelmäßigen und sinnvollen Takt erschließen. Das wäre weder nachhaltig und noch im Interesse einer CO₂-Reduktion. Man kann den Landkreis Konstanz nicht mit einer Metropole wie Berlin vergleichen, in der rund um die Uhr gut besetzte Busse und Bahnen verkehren.

Man muss den Forderungskatalog differenziert betrachten und sich anschauen, was sinnvoll ist und was nicht. Man darf also den Forderungen nicht pauschal recht geben und "auf die Knie fallen" nach dem Motto: ihr seid gut und wir sind die "bösen Umweltsünder". Also bitte auch die Realität beachten.

Vorsitzender

Der Forderungskatalog wurde dem Kreistag zur Kenntnis gegeben und es wurde aufgeführt, was bereits getan worden ist. Es ist sicher richtig, dass noch mehr getan werden muss und mit der Planung zum neuen BSZ in Konstanz, die heute beschlossen wurde, befindet man sich auf dem richtigen Weg. Es geht auch nicht um einen "Kniefall" vor irgendwelchen Forderungen, sondern darum, eine offene Diskussion darüber zu führen, wie man besser vorankommen könnte.

Kreisrätin Wehinger, MdL

Zum Thema Holzbau: niemand, schon gar nicht die Landesregierung, spricht sich ausschließlich für den Bau von Holzhäusern aus. Es sollten zwar mehr Holzhäuser gebaut werden, aber nicht

ausschließlich. Und zum Thema ÖPNV: leere Busse sollte es möglichst nicht geben – es geht darum, die Menschen dazu zu bewegen, mehr und öfter den Bus zu benutzen. Dafür wird viel Geld in die Hand genommen und deshalb gibt es auch im ländlichen Raum ein gutes Angebot.

Vorsitzender

Das Thema wird weiter ganz oben auf der Prioritätenliste bleiben, ein Mega-Thema. Es geht um eine ausgewogene Vorgehensweise, die Erstellung einer Konzeption/Strategie und um deren Umsetzung. Dies ist eine Aufgabe, die sowohl der Verwaltung als auch dem Kreistag obliegt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht; die Mitglieder des Kreistags nehmen die Sitzungsvorlage und die ergänzenden Ausführungen zur Kenntnis.

14. Kreisimpfzentrum (KIZ);

Fortführung bis 30. September 2021

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Nachdem nunmehr ein ausreichender zeitlicher Vorlauf besteht, kann darüber im Kreistag entschieden werden, bisher mussten entsprechende Eilentscheidungen getroffen werden. Es wird um Zustimmung zum Beschlussvorschlag gebeten.

Kreisrätin Dr. Jacobs-Krahen

Das KIZ sollte auf jeden Fall so lange weiter betrieben werden, wie das Land die Kosten dafür übernimmt – also zumindest bis zum 30. September 2021.

Im Übrigen sollte das Landratsamt seine Bemühungen intensivieren, die Impfbereitschaft zu stärken. Zwischenzeitlich wurden mehr Impfungen von den Hausärzten als im KIZ durchgeführt. Dennoch liegt der Landkreis sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitimpfungen weit unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Hier geht es um kreative Ideen, um mehrsprachige Plakate usw.; Impfungen sollten auch vor Kinos, Theatern und Einkaufszentren erfolgen und es werden darüber hinaus auch Kooperationen mit Betrieben benötigt, um die Impfquote erhöhen zu können. Eine weitere Idee bestünde darin, dass z. B. Prominente den Geimpften Autogramme geben könnten.

Eine Verlängerung des KIZ allein reicht also nicht aus, wobei sich die Frage stellt, ob die Größe des KIZ wirklich sein muss. Solange das Land allerdings die Kosten dafür erstattet, sollte man es so belassen.

Kreisrätin Kirsten Graf

Man sollte das KIZ weiter betreiben. Da nunmehr alle problemlos einen Impftermin bekommen können, geht es darum, Impfunwillige davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Man könnte die Menschen evtl. auch aufsuchen, um die Hemmschwelle weiter abzusenken. Kreative Ideen sind ebenfalls sehr gut, aber in erster Linie geht es darum, nicht im KIZ auf die Menschen zu warten, sondern auf sie zuzugehen und sie davon zu überzeugen, dass eine Impfung das beste Mittel gegen eine vierte Welle darstellt.

Vorsitzender

In der Bürgermeisterrunde wurde das bereits besprochen – heute ist Gemeindeimpftag in Stockach, am 27. Juli in Radolfzell. Am 28. Juli und am 29. Juli werden die Studierenden in der Uni und an der HTWG geimpft – und am 30. Juli können sich die Konstanzer Oberstufenschüler im Bodenseeforum impfen lassen. Außerdem besteht ein enger Kontakt mit den Bürgermeistern. Denkbar wäre z. B. eine Impfung bei größeren Veranstaltungen wie z. B. in Aach beim Strandkorbfestival oder in Konstanz auf der Sommerwiese oder am Hörnle-Freibad.

Darüber hinaus gibt es einen "Impf-Sommer" – ab August wird das KIZ immer sonntags und montags zu Gast im Bodenseeforum sein. Das KIZ in Singen ist deshalb jeweils von Sonntag bis Dienstag geschlossen. Außerdem ist ab dem 30./31. Juli eine verstärkte Werbung über Plakate und auch in den Social-Media-Kanälen vorgesehen.

Die Impfquote ist im Vergleich zu anderen gar nicht so schlecht – das Problem besteht darin, dass man den anfänglichen Rückstand, als zu wenig Impfdosen geliefert worden sind, nicht mehr aufholen kann. Im Juni gab es eine Impfstoffknappheit, sodass man fast nur Zweitimpfungen durchführen konnte und als es danach wieder viel Impfstoff gab, waren die Leute "impfmüde", weil es kaum noch Erkrankungen gab.

In Singen wurde auf Initiative von Frau Bürgermeisterin Seifried ein Impfangebot an ältere Schüler gemacht. Dieses Angebot wurde auch angenommen.

Dies als kleiner Überblick über die vielfältigen Aktivitäten im Interesse einer möglichst hohen Impfquote.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 2 Enthaltungen):

1. Einer Verlängerung des Betriebs des Kreisimpfzentrums (KIZ) in der Stadthalle Singen bei Bedarf bis zum 30. September 2021 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die hierfür notwendigen Verträge und Vereinbarungen abzuschließen und damit den reibungslosen (Weiter)Betrieb sicherzustellen.

15. Neuanschaffung eines Lastkraftwagens (LKW) für den Straßenbetriebsdienst im Landkreis Konstanz

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreisrätin **Dr. Jacobs-Krahen**

In einem vorherigen Punkt wurde über den Klimaschutz diskutiert – ab Januar 2022 bezuschusst der Bund die Anschaffung von Lkws, wenn diese die EURO 6-Abgasnorm erfüllen oder mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb versehen sind, mit 15.000 EUR. Weitere Voraussetzung: ein alter Lkw mit der EURO-Abgasnorm 0 – 5 muss verschrottet werden.

Ist dieses Programm bekannt und hat man sich darüber Gedanken gemacht, diese Fördermöglichkeit zu nutzen? Denn auch das wäre ein kleiner Baustein, um klimafreundliche Politik im Landkreis zu machen.

Vorsitzender

Der Lkw soll wegen der B 33 zusätzlich angeschafft werden, es wird also kein alter Lkw verschrottet. Die Lieferzeit beläuft sich auf 18 Monate und wenn man nicht zeitnah bestellt, steht man ohne Lkw da und das kann man sich nicht leisten.

Das neue Fahrzeug erfüllt die neueste EU-Abgasnorm, es handelt sich um einen modernen Diesel-Lkw (also ohne Elektro- oder Wasserstoffantrieb).

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen, einige Enthaltungen):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Vergabeverfahren zur Beschaffung eines Lastkraft-

wagens für die Straßenmeisterei Welschingen mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 280.000 EUR bereits im Jahr 2021 zu beginnen.

2. Die Auftragsvergabe (bereits im Jahr 2021) wird aus nicht benötigten Mitteln des Finanzhaushalts 2021 gedeckt.

16. Aufnahme des Clusters Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) in die Grundförderung der Clusterinitiativen Bodensee (CLIB) ab 2021

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt. Der Kreistag fasste dazu folgenden

Beschluss (einstimmig, 5 Enthaltungen):

1. Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.
2. Die weitere Beratung erfolgt zunächst in den zuständigen Fachausschüssen, danach abschließend im Kreistag.

17. Neubau Berufsschulzentrum Konstanz;

Sachstandsbericht/aktueller Projektstatus

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage (s. auch TOP 17.1 – vorgezogene Behandlung nach TOP 6).

17.1 Neubau Berufsschulzentrum Konstanz;

Abschluss Vorentwurfsplanung - Wesentliche Eckpunkte der Gesamtkonzeption

Vorgezogene Behandlung nach TOP 6

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die ausführliche Vorberatung im Bauausschuss; die zuständigen Fachleute für die einzelnen Bereiche sind per Video zugeschaltet und stehen bei Bedarf für Erläuterungen zur Verfügung. Auch die beiden Schulleiter sind mit dabei.

Zum Ablauf wird vorgeschlagen, dass zunächst Frau **Seidl** einen Überblick über das Projekt gibt und danach könnte dann jeweils ein Vertreter der Fraktionen – in der Reihenfolge ihrer Größe – ein Statement abgeben. Damit hätte die Beratung eine gute Struktur und das käme der heutigen Sitzung insgesamt zugute.

Widerspruch gegen dieses Vorgehen erhebt sich nicht.

Frau **Seidl** stellt das Projekt vor; ihr Vortrag ist der Niederschrift als **ANLAGE 2** beigelegt.

Vorsitzender

Es geht darum, ein modernes, zeitgemäßes und zukunftsweisendes Berufsschulzentrum zu bauen. Dies ist auch deshalb wichtig, weil für einen solchen Bau entsprechende Fördermittel aus verschiedenen Programmen abgerufen werden können.

Kreisrat Häusler

Das neue BSZ ist ein Meilenstein im Beruflichen Schulwesen im Landkreis Konstanz. Die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz haben einen sehr hohen Stellenwert und damit wird der Neubau auch künftigen Schülergenerationen gerecht. Es ist klar, dass man einen solchen Bau nicht zum "Nulltarif" bekommt, wobei die im Raum stehenden Beträge schon sehr hoch sind. Von ursprünglich 90 Mio. EUR wird nun von Kosten von ca. 104 Mio. EUR ausgegangen und das

ist schon eine große Steigerung. Aber alle kennen die momentanen Baupreise, die "verrückt spielen", wobei man nur hoffen kann, dass sich das wieder beruhigen wird. Da muss man einfach abwarten.

Bei einem solchen Zukunftsprojekt für den gesamten Landkreis sollte man aber keine Abstriche machen, nur um Geld zu sparen, denn das würde sich zu einem späteren Zeitpunkt rächen und klimaschonendes Bauen kostet einfach Geld. Wenn man sich aber nicht schon heute auf künftige Entwicklungen einstellt (Stichwort: CO₂-Bepreisung), dann wäre das – wie bereits erwähnt – teurer.

Die Fraktion der CDU stimmt den heute vorgeschlagenen Eckpunkten zu und hat dabei den Wunsch, unter Berücksichtigung des bereits Gesagten auf die Kosten zu achten. Ein Dank gebührt den Planern, den Mitgliedern des Bauausschusses und der Verwaltung – es wurde ein tolles Ergebnis erzielt.

Kreisrätin Röckelein

Das Projekt wird positiv gesehen – der jetzige Planungsstand enthält neue Impulse, man muss von Beginn an immer den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit mit bedenken. Das ist auch wichtig für Fördergelder, denn diese werden in der Regel nur für innovative und zukunftsgerichtete Komponenten gewährt. Insbesondere das Wärmekonzept mit einem Eisspeicher mit Sole-/Wasserwärmepumpe ist sehr zukunftsweisend. Man braucht eine Schule mit einer klimaneutralen Belüftung und Beheizung.

Auch der Auswahl des Materials sollte Bedeutung beigemessen werden – es sollte nicht alles „grau in grau“/mit Beton gemacht werden. Darüber sollte man nochmals nachdenken und eine genauere Aufstellung erstellen, denn nicht alles was grau ist, muss auch so sein/bleiben.

Man sollte einen Holz-Hybridbau errichten, auch wenn nicht alle Komponenten aus Holz sein können.

Beim Freiraumkonzept sollte es mehr Begrünung geben. Denn die Umgebung des Gebäudes ist nahezu vollständig versiegelt, deshalb muss man als Ausgleich dafür mehr grüne Flächen einplanen. Dies ist wichtig, weil versiegelte Flächen die Wärme reflektieren und so für erhöhte Temperaturen sorgen.

Es ist richtig, dass der Betrag von über 100 Mio. EUR „Bauchweh“ erzeugt, aber auf die Kosten hat man nur bedingt Einfluss. Auf keinen Fall darf es deshalb Abstriche an der Qualität geben. Investitionen rechnen sich langfristig, wenn sie zu niedrigen Betriebskosten führen, Stichwort: CO₂-Bepreisung.

Das Konzept ist gut, daher wird die Fraktion der GRÜNEN den Eckpunkten zustimmen.

Kreisrat Staab

Es handelt sich um eine gute und tolle Planung, die den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit berücksichtigen. Deshalb kann man damit nur zufrieden sein.

Allerdings bereiten die stark gestiegenen Kosten Sorge, zumal es sich lediglich um eine Kostenschätzung und nicht um eine genauere Kostenberechnung handelt. Das wird für künftige Haushalte eine besondere Herausforderung, zumal dieses zentrale Projekt über 100 Mio. EUR kosten wird. Damit sind Mittel für andere, ebenfalls wichtige Projekte auf Jahre hinaus so gut wie nicht mehr vorhanden und daher darf man für den Neubau nicht einfach das „Füllhorn“ öffnen.

Man muss auch auf die Kosten achten, dazu sollen die Projektsteuerung dem Bauausschuss Vorschläge unterbreiten.

Noch eine Bitte in Sachen Sporthalle: vor einer Ausschreibung muss feststehen, was von der

Stadt Konstanz finanziert wird. Denn die Halle wird ja größer gebaut als für den Schulbetrieb erforderlich und außerdem soll zusätzlich eine Tribüne eingebaut werden. Eine solche Klärung im Vorfeld ist unerlässlich.

Insgesamt gesehen wurde von allen Beteiligten eine gute Arbeit geleistet, aber man muss auch auf die Finanzierbarkeit achten und dazu gehört, dass man die Kosten im Blick behält und nicht einfach alles, was machbar wäre, umsetzt.

Kreisrat Baumert

Ein Dank gebührt allen Beteiligten, mit der Planung wird ein bedeutendes Zeichen für die Zukunft gesetzt. Wichtig wäre, dass die innovative Technik bei der Heizung und Lüftung (Eisspeicher mit Sole-/Wasserwärmepumpe als nachhaltige Beheizung und Kühlung) tatsächlich zum Einsatz kommt. Das sollte nochmals geprüft werden. Gut ist auch, dass eine flexible Raumaufteilung vorgesehen ist.

Das Raumprogramm wurde zwar von Anfang an mit dem Regierungspräsidium diskutiert, dennoch muss man sich hier eine entsprechende Flexibilität erhalten, denn die Entwicklung in diesem Bereich ist sehr dynamisch. Hierzu gehört auch, dass der Neubau die Installation der Digitalisierung berücksichtigt.

Bei den Kosten ist nicht absehbar, wie sich die Baupreise tatsächlich entwickeln werden. Da wird es aber wohl noch eine gewisse Preisbereinigung geben - es wird davon ausgegangen, dass sich der derzeitige „Hype“ nicht auf Dauer fortsetzen wird.

Die Fraktion der SPD wird dem Beschlussvorschlag und den darin enthaltenen Eckpunkten zustimmen und bedankt sich für die sehr gute Vorarbeit.

Kreisrat Dr. Geiger

Im Bauausschuss wurde - basierend auf den vom Kreistag beschlossenen Bedarfs-, Nutzungs- und Qualitätswünschen - eine Vorentwurfsplanung präsentiert, die aus Sicht der Fraktion der FDP ein schlüssiges, zukunftsfähiges und den Vorgaben des Klimaschutzes bzw. der anzustrebenden Klimaneutralität zum jetzigen Zeitpunkt weitgehend gerecht wird.

Der Vorentwurf ist der erste grundsätzliche Lösungsvorschlag. Der Nachhaltigkeitsaspekt ist stark in die Planung eingeflossen. Das Verfahren ist transparent und wie sich in den Fragesellungen im Bauausschuss auch zeigte, zu den Planungsinhalten (Architektur, Tragwerk, Energiekonzept, Elektrotechnik) durchaus auch in die Tiefe gehend.

Teil der Vorentwurfsplanung ist die Kostenschätzung gemäß DIN 276 HOAI mit 103,6 Mio. EUR. Eine Summe, die niemand begeistert. Die Genauigkeit einer Kostenschätzung hat einen Schwankungsbereich von +/- 30 Prozent. Dies ist grundsätzlich so beim Bau von Gebäuden.

Legt man diesen Schwankungsbereich auch den auf Basis der Machbarkeitsstudie 2018 definierten 90 Mio. EUR zugrunde, dann liegt die Kostenschätzung innerhalb des Schwankungsbereichs. Und dies, obwohl wir durch Corona bei einigen Rohstoffen weltweit eine nicht vorhersehbare Kostenentwicklung oder gar Kostenexplosion haben. Es wird Rohstoffe geben, deren Gesteinskosten sich wieder der Normalität nähern werden, es gibt aber auch Rohstoffe wie Holz, die aufgrund großer Nachfrage nicht mehr auf das Preisniveau von 2018 zurückfallen werden. Hinzu kommen kostentreibende neue Gesetze und Verordnungen für nachhaltiges Bauen. Die Kostenschätzung mit 103,6 Mio. EUR hält die FDP-Fraktion für realistisch.

Ziel muss es nun sein, aufbauend auf der Vorplanung und unter dem Leitmotiv Nachhaltigkeit, ein stimmiges realisierbares Planungskonzept, das alle projektspezifischen Problemstellungen berücksichtigt, durch die Beauftragung der Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung – zu entwickeln. Am Ende der Entwurfsplanung steht dann eine Kostenberechnung. Diese ist eine angenäherte Ermittlung der Kosten und erstmals auch eine belastbare Zahl und keine Schätzung.

Über diese Zahl wird dann diskutiert werden müssen, da diese die Grundlage für die Genehmigungs- und Ausführungsplanung sein wird. Der Schwankungsbereich liegt hier noch bei max. +/- 20 Prozent.

Kreisrätin Röth

Die Fraktion DIE LINKE wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Vorsitzender

Das Projekt ist auf einem guten Weg, die Vorplanung ist zukunftsweisend und nachhaltig und wird auch dem Klimaschutz gerecht.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 2 Enthaltungen):

Für die Weiterbearbeitung der Planung in Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) werden folgende Eckpunkte zugrunde gelegt:

1. Das Berufsschulzentrum Konstanz wird so konzipiert, dass das Ziel der Klimaneutralität erreicht wird (klimaneutraler Betrieb und klimaoptimierte Gebäudekonstruktion). Die DGNB-Zertifizierung in Gold soll umgesetzt werden; darüberhinausgehende Potentiale sind in der weiteren Planung zu prüfen.
2. Die architektonische Gesamtkonzeption wird befürwortet; die Entwurfsplanung soll auf dieser Grundlage fortgeführt werden.
3. Die Sporthalle soll in der vorgestellten Konzeption (mit Foyer und Tribüne auf der Seite Steinstraße) ausgeführt werden, unter der Voraussetzung, dass sich die Stadt Konstanz, wie bereits beschlossen, an den Kosten beteiligt.
4. Die Tragkonstruktion der Schulgebäude soll in Holz-Hybrid-Bauweise ausgeführt werden; die Geschoßdecken werden als Holz-Beton-Verbund Balkendecke hergestellt. Für die Werkstatt soll die Tragkonstruktion als Stahl-Verbundbauweise ausgeführt werden.
5. Die Beheizung/Kühlung der Gebäude erfolgt über einen Eis-Speicher mit Sole-/ Wasserwärmepumpe.
6. Die Gebäude werden mit einer zentralen, mechanischen Be-/ und Entlüftungsanlage ausgestattet.
7. Die Klassenräume sollen mit Handwaschbecken ausgestattet werden.
8. Die Flachdächer werden in maximal möglicher Fläche mit Photovoltaik belegt.
9. Die Konzeption für die Digitalisierung der Schule mit einer Standardisierung der Räume im gesamten Schulcampus wird befürwortet und soll der weiteren Planung zugrunde gelegt werden.
10. Das vorgestellte Grundkonzept der Freianlagenplanung soll der weiteren Planung zugrunde gelegt werden; Biodiversität ist dabei als wesentliches Kriterium zu berücksichtigen.
11. Das Projektbudget mit ursprünglich 90 Mio. EUR (Preisbasis 2018) wird entsprechend der Baupreissteigerung (derzeit 15,1 % zum 2. Quartal 2021) fortgeschrieben; daraus ergibt sich ein vorläufiger Kostenrahmen von rd. 103,6 Mio. EUR.

Der fortgeschriebene Kostenrahmen ist der weiteren Planung zugrunde zu legen. Die Kostenberechnung wird im Zuge der Entwurfsplanung und auf Grundlage der beschlossenen Eckpunkte bis Ende 2021 ausgearbeitet und Anfang 2022 zur Freigabe vorgelegt.

17.2 Neubau Berufsschulzentrum Konstanz;

Kunst am Bau

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 5 Enthaltungen):

1. Kunst am Bau ist Teil des Projektes Neubau Berufsschulzentrum Konstanz.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren in Abstimmung mit der Kunststiftung des Landkreises Konstanz vorzubereiten und Vorschläge für die Bildung einer Kunstkommission, das geplante Auswahlverfahren und die Höhe des Budgets, vorbehaltlich der Finanzierung im Zuge der nächsten Haushaltsplanberatung des Kreistags, zu unterbreiten.
3. Der Kultur- und Schulausschuss wird regelmäßig über den Sachstand unterrichtet; aufgrund des Zusammenhangs mit der Planung für den Neubau sollen die Vorberatungen zum Thema Kunst im Bauausschuss erfolgen.

17.3 Neubau Berufsschulzentrum Konstanz – Modellwerkstatt;

Antrag der CDU-Fraktion

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Der Sachverhalt ist verhältnismäßig klar – es geht um gleich zwei “Startschüsse”: nach der Landtagswahl gibt es ein Programm, das besonders die berufliche Bildung in den Mittelpunkt stellt und namentlich auch darauf hinweist, dass diese ein Schlüssel für die Bewältigung der Zukunft darstellt. Auf der anderen Seite ist der Landkreis Konstanz gerade dabei, ein neues Berufsschulzentrum mit Werkstätten zu planen. Da wäre es fatal, wenn man die sich daraus ergebenden Chancen nicht nutzen würde.

Es geht darum, dass man beim Neubau des BSZ in Konstanz die bestmöglichen Werkstätten erhält, was sowohl die Standortqualität weiter verbessert als auch den jungen Menschen zugutekommen würde. Deshalb wird um Zustimmung zum Beschlussvorschlag gebeten. Der Bauausschuss hat vorberaten und empfiehlt dies einstimmig. Danach sollte die Verwaltung zeitnah auf das Ministerium zugehen.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Der Antrag wurde auch im Kultur- und Schulausschuss eingehend beraten. Er ist grundsätzlich gut und man benötigt ein modernes, zukunftsweisendes Berufsschulzentrum. Dazu wurde heute ein erster Schritt gemacht.

Zum Antrag noch ein Hinweis: Hier geht es um die Ausstattung, wobei im Antrag der CDU-Fraktion auf einen Passus aus dem Koalitionsvertrag Bezug genommen wird, der nicht für die Beruflichen Schulen gilt, sondern für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, also für die Kammern. Dort besteht eine Unterfinanzierung, die nun behoben werden soll.

Man muss den Antrag an das Land an die richtigen Stellen schicken, sonst könnte dieser zurückgewiesen werden. Man sollte das Thema also beim Umwelt- und beim Wirtschaftsministerium platzieren, dort gibt es auch entsprechende Fördermöglichkeiten. Beim Kultusministeri-

um würde man sich wohl auf die Schulbauförderrichtlinien beziehen und sagen, dass dafür nichts vorgesehen ist und dann wäre das gewesen.

Der Antrag wird unterstützt, muss aber – wie erwähnt – an die richtigen Stellen geschickt werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Die Landesregierung soll in die Planung des Berufsschulzentrums Konstanz frühzeitig einbezogen und für die Idee einer „Beruflichen Modellwerkstätte“ gewonnen werden. Für den Neubau der Werkstätten sollen besondere Fördermaßnahmen beim Land beantragt werden.

18. IT-Betreuung an den Kreisschulen;

Vorstellung des Gutachtens der ACP

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

1. Die Empfehlungen des Gutachtens zur IT-Betreuung an den Schulen des Landkreises werden stufenweise umgesetzt.
2. Die im Gutachten dargestellten fünf IT-Stellen für die Koordination, den Support und die zentrale Beschaffung von IT-Equipment werden in den Stellenplan 2022 und die erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt 2022 aufgenommen.
3. Die IT-Stellen werden bereits im 3./4. Quartal 2021 ausgeschrieben und noch in 2021 besetzt.

19. Bürgerfragestunde (ca. 17 Uhr)

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgen keine Wortmeldungen.

Kreisrat **Weckbach** bittet darum, künftig auf die Zeit für das Aufrufen der Bürgerfragestunde zu achten. Dies wird zugesagt.

20. Mitteilungen

20.1 Volkshochschule Landkreis Konstanz e. V.;

Jahresabschluss 2020 und aktuelle Entwicklungen

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

20.2 Masterplan Digitalisierung;

Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

20.3 Bundesteilhabegesetz (BTHG);

Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

20.4 Standortauswahlverfahren Atomendlager - Gebiete zur Methodenentwicklung

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

20.5 Kreishaushalt 2021;

Budgetbericht zum 30. Juni 2021

Der **Vorsitzende** verweist auf die Tischvorlage; gegenüber dem letzten Budgetbericht hat sich die Lücke zwischen der Planung und dem erwarteten Ergebnis verkleinert.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

20.6 Kreishaushalt 2022;

Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Durch eine Erhöhung der Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden würde der Landkreis – beim gleichen Hebesatz wie für 2021 – ca. 10 Mio. EUR mehr einnehmen. Davon geht aber ein Teilbetrag gleich wieder in den Finanzausgleich, sodass noch nicht absehbar ist, was davon dem Landkreis wirklich verbleiben wird. Sobald sich die Zahlen weiter verifizieren lassen, wird man damit wieder in die zuständigen Gremien gehen.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

21. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

21.1 Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern;

Fragen der Fraktion der GRÜNEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Fraktion der GRÜNEN um die Beantwortung einiger Fragen in Sachen "Hochwasser" gebeten hat, was gerne getan wird. Herr Kreisbrandmeister **Egger** ist per Video zugeschaltet und steht ggf. für ergänzende Aussagen zur Verfügung.

Frage 1 - Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern

Wie haben der Landkreis Konstanz sowie die im kreisansässigen Hilfsorganisationen die von der Hochwasserkatastrophe betroffene Bevölkerung und die sich dort im Einsatz befindenden Rettungsdienste unterstützt?

Vorsitzender

Auf Anfrage des Regierungspräsidiums Freiburg wurden in einer „ersten Welle“ drei Notfall-Krankentransportwagen (vergleichbar mit der Ausstattung eines Rettungswagens aus Beständen des Bevölkerungsschutzes) besetzt mit Sanitätspersonal des DRK KV Konstanz und MHD Konstanz am 15. Juli 2021 um 18 Uhr in den Einsatz in das Katastrophengebiet in Rheinland-Pfalz entsandt.

Die Kräfte kamen am Sonntag 18. Juli 2021 wohlbehalten aus dem Einsatz zurück.

Eine weitere Anfrage des RP Freiburgs erreichte das Landratsamt am Mittwoch, 21. Juli 2021. Für das Katastrophengebiet um Ahrweiler wurde ein „Hochwasser-Zug“ angefordert. Dieser Zug besteht aus Einsatzkräften der Feuerwehr (gestellt durch die Feuerwehren Stockach, Engen, Konstanz und Aach, insgesamt 18 Personen). Der Zug führt spezielles Material wie Sandsäcke (ungefüllt) Schmutzwasserpumpen und Notstromaggregate mit sich.

Er ist am Mittwoch, 21. Juli 2021 gegen 14:30 Uhr in den Einsatz aufgebrochen und kam am Samstag, 24. Juli 2021, zurück.

Herr **Egger** ergänzt, dass der Einsatz gezeigt hat, dass in erster Linie „Muskelkraft“ und weniger eine große Technik gefragt war. Aufgrund des Schlamms waren Schaufeln, Pickel und Spitzhacken angesagt, um die Räume freizuräumen. Wenn eine weitere Hilfsleistung gefragt sein sollte, würde man sich darauf einrichten. Im Übrigen wird geprüft, ob und ggf. inwieweit man sich auch technisch noch besser auf solche Starkregeneinsätze vorbereiten könnte.

Frage 2 - Hochwasser-Voralarm in Konstanz

Am Sonntag betrug der Pegelstand in Konstanz 481cm, Hochwasser-Voralarm wurde ausgelöst:

Welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei weiter steigenden Pegeln sind im Landkreis Konstanz vorgesehen?

Vorsitzender

Ab einem Pegelstand von 480 cm am Pegel Konstanz wird die Integrierte Leitstelle für den Landkreis Konstanz informiert. Diese informiert unter anderem die Polizei, das Landratsamt sowie weitere Behörden.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

21.2 Hochwasserkatastrophe;

Finanzielle Hilfe durch den Landkreis Konstanz

Kreisrätin **Reiff** teilt namens der Fraktion der GRÜNEN mit:

Die Hochwasserkatastrophe hat in der vergangenen Woche in Nordrhein-Westfalen und vor allem in Rheinland-Pfalz apokalyptische Schäden verursacht.

Es wird deshalb ein Antrag gestellt, dass der Landkreis Konstanz dem Landkreis Ahrweiler, der von der Hochwasserkatastrophe besonders stark betroffen ist, einen Betrag von mindestens 100.000 EUR spendet. Dieser Betrag soll dort zum Einsatz kommen, wo eine sofortige Hilfe notwendig ist und niemand anders zahlt bzw. eintritt. Dies sollte man tun und so sichtbare

Solidarität mit den Opfern bekunden.

Der **Vorsitzende** sagt zu, den Antrag nach Eingang in die nächste Beratungsrunde einzubringen.

21.3 Hochwasserschutz im Landkreis Konstanz/Vorbereitung auf Naturkatastrophen

Kreisrat **Weckbach** teilt mit, dass es vom Land Baden-Württemberg umfassende und auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnittene Informationen zum Hochwasserrisikomanagement u. a. für Städten und Gemeinden gibt. Bei Bedarf können diese Informationen gerne weitervermittelt werden.

Kreisrat **Küttner** kündigt einen Antrag der GRÜNEN zur Thematik an. Darin geht es u. a. um eine Analyse der Organisation und der Strukturen, die Alarmierung (Stichwort: Sirenen) und die Situation in der Rettungsleitstelle. Damit soll im Vorfeld solcher Ereignisse Vorsorge dafür getroffen werden, dass man möglichst gut vorbereitet ist.

Kreisrat **Dr. Geiger** stimmt dem zu und nimmt Bezug auf ein ähnliches Ereignis in Baden-Württemberg vor einigen Jahren (Braunsbach). In diesem Zusammenhang wird um einen Bericht oder um Aufklärung über das Starkregenmanagement im Landkreis (vorherige Abfrage bei den Städten und Gemeinden) in einer der nächsten Sitzungen gebeten.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

21.4 Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms durch das Land Baden-Württemberg

Der **Vorsitzende** berichtet:

- Den Rettungsschirm zum Ausgleich fehlender Einnahmen im ÖPNV wird es auch 2021 vollständig geben.
- Das Verkehrsministerium hat mitgeteilt, dass Bundes-, Landes- und auch kommunale Mittel nun ausreichen, um den Rettungsschirm 2021 vollständig zu finanzieren.
- Es werden 100 % die Einnahmeausfälle ausgeglichen und auch für 2020 werden nachträglich 100 % ausgeglichen – ursprünglich waren nur 95 % zugesagt.
- Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die den Haushalt entlasten wird.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

21.5 Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss des Landkreises für 2020

Der **Vorsitzende** berichtet:

- Regulär sieht die Zeitplanung der Kämmerei so aus, dass der Jahresabschluss des Vorjahres im Oktober in die Gremien eingebracht wird.
- In diesem Jahr wird der Jahresabschluss 2020 im November 2021 in den Verwaltungs- und Finanzausschuss eingebracht werden.
- Dies hat im Wesentlichen mit pandemiebedingten Einschränkungen im Arbeitsablauf zu tun. Aus der Kämmerei waren einige Kolleginnen und Kollegen in der Pandemiebekämpfung in den Bereichen Personal und Gesundheitswesen sowie in der Telefon-Hotline und in der Kontaktnachverfolgung beschäftigt.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

21.6 Kostenübernahme für Corona-Tests für Jugendfreizeiten

Kreisrat **Baumert** berichtet, dass er vom Kreisjugendring bezüglich der Freizeiten im Sommer 2021 angesprochen worden ist; dabei geht es um die Testmöglichkeiten und die Übernahme der Kosten für Corona-Tests. Das Testangebot ist zwischenzeitlich sehr eingeschränkt, zumal die Schulen schließen. Die Kosten werden weder von Dritten noch vom Landkreis übernommen.

Herr **Basel** verweist auf die Arbeitsteilung "Tests Gemeinden/Impfen Landkreis". Das Problem wurde bisher nicht an den Landkreis herangetragen. Es wird darum gebeten, konkreter Fälle zu benennen.

Kreisrat **Baumert** ergänzt, dass es keine konkreten Fälle gibt, sondern dass diese Problematik bei allen Freizeitaktivitäten bestehen würde.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** bittet um eine rasche Entscheidung, bisher wurden die Kosten aus dem Budget des Kreisjugendrings bestritten. Damit konnte zunächst verhindert werden, dass die Jugendlichen bzw. deren Eltern die Kosten tragen mussten. Man sollte schauen, ob evtl. ein Kostenersatz durch den Landkreis möglich wäre.

Der **Vorsitzende** sagt eine Prüfung zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 18:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Zeno Danner

Ralf Baumert/TOP 9.1

Für den Kreistag:

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Siegfried Lehmann

Für das Protokoll:

Manfred Roth

Anlage 1 – Vortrag von Herr Oestringer/TOP 13
Anlage 2 – Vortrag von Frau Seidl/TOP 17 und 17.1

Sehr geehrter Landrat, sehr geehrte MitgliederInnen des Kreistags,

vielen Dank für die Einladung heute hier zu sprechen.

Es freut uns, dass ihr euch heute diesem extrem wichtigen Thema widmet. Es freut mich auch, dass bereits einiges passiert. Allerdings, und das muss ganz klar betont werden, reicht das noch nicht aus.

Ich denke die Ereignisse der letzten Wochen haben uns alle eindrücklich in Erinnerung gerufen, wie extrem wichtig dieses Thema ist.

Wir erleben extreme Starkregen, die alleine in Deutschland bereits über 100 Menschen in den Tod gerissen haben. Und wenn wir den Blick heben, sehen wir ganz ähnliche Bilder in der restlichen Welt. In China gibt es große Überflutungen, in der Türkei, in Japan. Die Liste könnte fortgeführt werden.

Vielleicht erinnern sich manche daran, dass wir letztes Jahr in Kalifornien Rekordwaldbrände hatten. Es ist noch früh im Jahr, aber zumindest für die erste Jahreshälfte ist der Rekord eingestellt, mit noch größeren, noch zerstörerischeren Feuern.

Bei alledem darf man nie vergessen, dass das eine Welt ist, bei der die Welt sich um 1,2 Grad aufgeheizt ist.

Wenn wir weiterhin so langsamen Klimaschutz betreiben wie momentan, werden wir gegen Ende des Jahrhunderts eine 3, 4 Grad wärme Welt erleben. Eine

3,4 Grad wärmere Welt wird ein komplett anderer Planet sein. Der aus Konstanz stammende Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf hat es einmal ganz gut ausgedrückt. Er meint, dass viele Kollegen von ihm eh nicht glauben werden, dass wir auf 4 Grad kommen werden, weil uns vorher die Wirtschaft zusammenbricht und die Welt in Konflikten versinkt. Wenn wir uns ganz arg anstrengen, können wir es noch schaffen die Temperatur bei 1,5 Grad zu stoppen. 1,5 Grad wird auch schon sehr ungemütlich, aber immerhin können wir damit hoffentlich eine Katastrophe verhindern. Jenseits von 1,5 Grad werden wir im übrigen in einem Mienenfeld von Kipppunkten sein. Die gute Nachricht, das Wuppertal Institut kam zu dem Ergebnis keine grundsätzlich unüberwindbaren Hürden im Weg stehen um 1,5 Grad noch einzuhalten. Aber dafür braucht es natürlich die Zusammenarbeit aller Ebenen. Auch der des Kreistags. Ohne werden wir es nicht schaffen.

Sie haben heute die historische Chance voran zu gehen. Zukünftige Generationen werden zurückschauen, auf diesen Moment an dem die Welt am Abgrund stand. Und diesen Moment andem die Politik den Mut aufgebracht grundlegende Kurskorrekturen vorzunehmen. Und sie werden sich denken, damals als

das Schicksal der Welt in den Händen der Politiker stand, haben sie sich dieser Verantwortung gestellt.

Unsere Forderungen an den Kreistag sind ein erster Aufschlag an zentralen Maßnahmen und Unterzielen wie dieses Ziel erreicht werden kann. Viele Maßnahmen können nicht einfach per Beschluss erreicht werden. Sondern verlangen wirklichen politischen Willen und Kooperation mit anderen.

Besonders betonen möchte ich, die Bedeutung, dass sie ein 1,5 Grad kompatibles CO₂-Budget setzen. Das ist nicht nur gerecht, sondern kann uns auch die nötige Zeit verschaffen, diesen Wandel zu gestalten. Denn kommen wird er in jedem Fall. Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht. Die Frage ist nur, wie gut können wir dann noch gestalten.

Bei den vielen Untermaßnahmen möchte ich sie besonders dazu ermutigen folgende Schritte sehr zeitnah zu beschließen, um genau diesen Gestaltungsspielraum offen zu halten. Daz gehören zum Beispiel:

Einen CO₂-Schattenpreis von 180€ pro Tonne, wie ihn im übrigen auch das Land BW einführen will.

Ein konkretes Ausbauziel für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Das gelingen liegt nicht alleinig in den Händen des Kreistags, das ist uns bewusst, aber das

Ausformulieren kann den nötigen Spielraum eröffnen um das Ziel tatsächlich zu erreichen.

Den rasanten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Oder auch eine Neubewertung von bereits geplanten Projekten um unser CO₂-Budget nicht unnötig mit bereits bestehenden Projekten auszuschöpfen.



LANDKREIS
KONSTANZ



NEUBAU BERUFSSCHULZENTRUM KONSTANZ

Kreistag | 26. Juli 2021



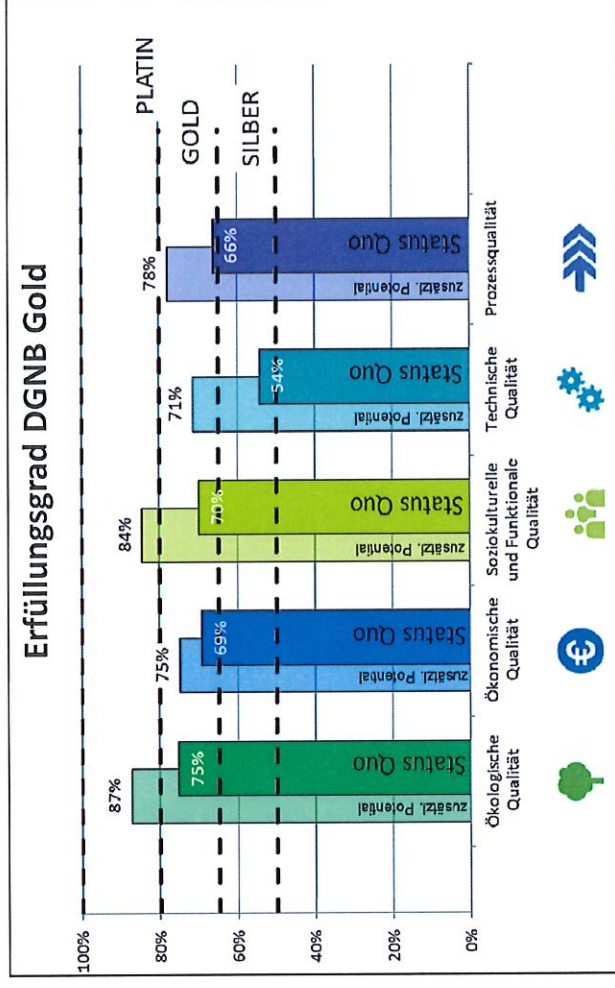
► | www.LRAKN.de



KLIMASCHUTZ

Nachhaltigkeit als Leitmotiv für alle Handlungsfelder

- ❖ Ziel Klimaneutralität und Nachhaltigkeit
- ❖ NBBW erfüllt
- ❖ DGNB Status Gold erreicht
- ❖ Weitere Potenziale und Fördermöglichkeiten werden geprüft

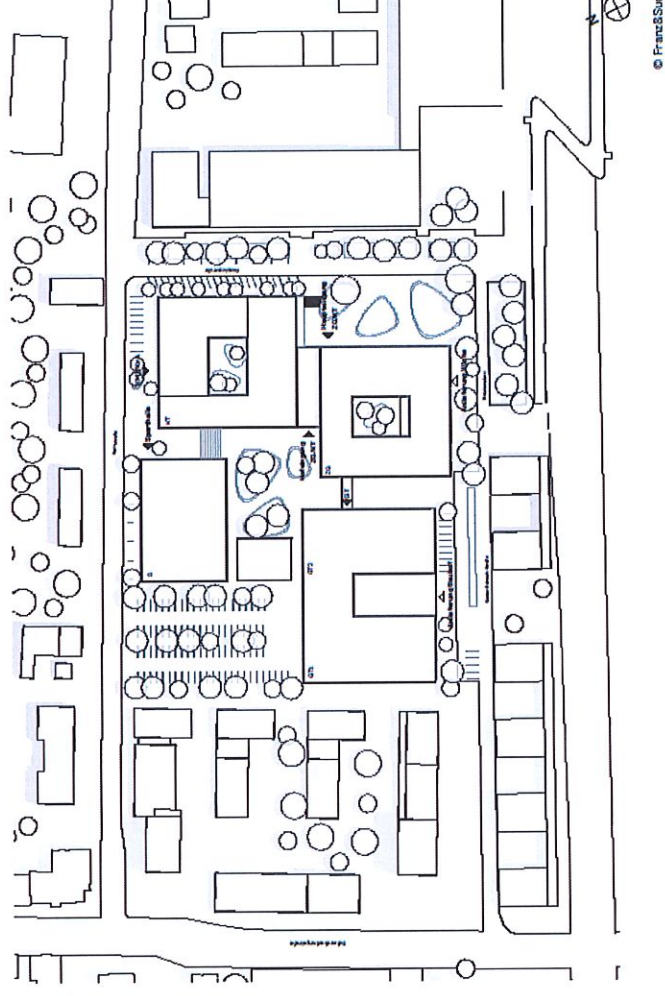




STÄDTEBAULICHER KONTEXT

Neuer Schulcampus

- Prägender Baustein im Quartier
- Einfügen der Baukörper in städtebaulichen Kontext
- Gestaltung der Außenräume



NEUBAU BERUFSSCHULZENTRUM KONSTANZ



LANDKREIS
KONSTANZ

ARCHITEKTUR

Neuer Schulcampus

- Quartiersplatz als Entrée
- Einheitliches Gesamtbild der Gebäude
- Sichtbarkeit der Holzkonstruktion in der Fassade



NEUBAU BERUFSSCHULZENTRUM KONSTANZ



LANDKREIS
KONSTANZ

LERNFÖRDERNDE RÄUME

Räumliche Qualitäten – zeitgemäße Arbeitsformen

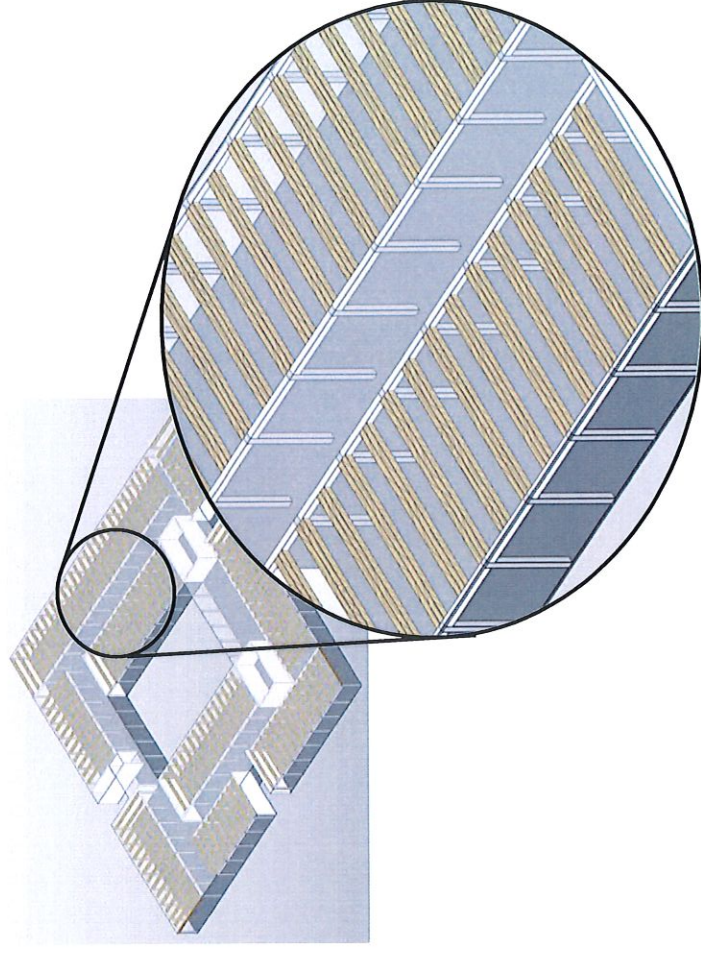
- Räumliche Synergien durch Zusammenwachsen der beiden Schulen
- Unterrichtsräume flexibel nutzbar
- Lehrendenwelt wird zu einem kommunikativen Zentrum der Schule



NACHHALTIGE BAUWEISE

Zukunftsfähigkeit

- Flexible Gestaltung der Grundrisse
- Tragkonstruktion in Holz-Hybrid-Bauweise
- Fassadenkonstruktion in Holz
- Hohlraumböden



NEUBAU BERUFSSCHULZENTRUM KONSTANZ



LANDKREIS
KONSTANZ

SPORTHALLE

Lebendiger Ort im Campus und Quartier

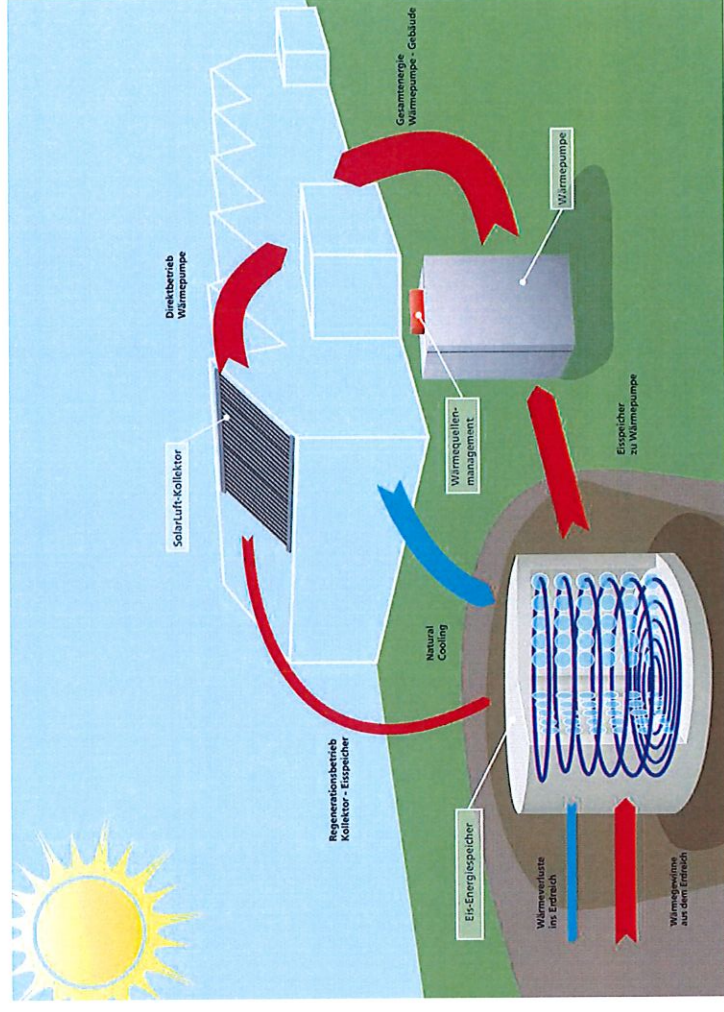
- 3-teilige Halle mit Beteiligung der Stadt KN
- Zuschauertribüne mit Foyer an der Steinstraße
- Nutzung durch Schule und Vereine



ENERGIEKONZEPT

Heizung und Lüftung

- Eisspeicher mit Sole-/Wasserwärmepumpe als nachhaltige Beheizung und Kühlung
- Zentrale mechanische Be- und Entlüftungsanlage
- Wirtschaftlichste Variante unter Berücksichtigung der Betriebskosten
- Variante mit bester CO₂-Bilanz



NEUBAU BERUFSSCHULZENTRUM KONSTANZ



LANDKREIS
KONSTANZ

FREIANLAGEN

Außenbereich mit hoher Aufenthaltsqualität

- Biodiversität und Nachhaltigkeit als Leitmotiv
- Zentrale Mitte als Ort der Begegnung und Kommunikation auf dem Campus

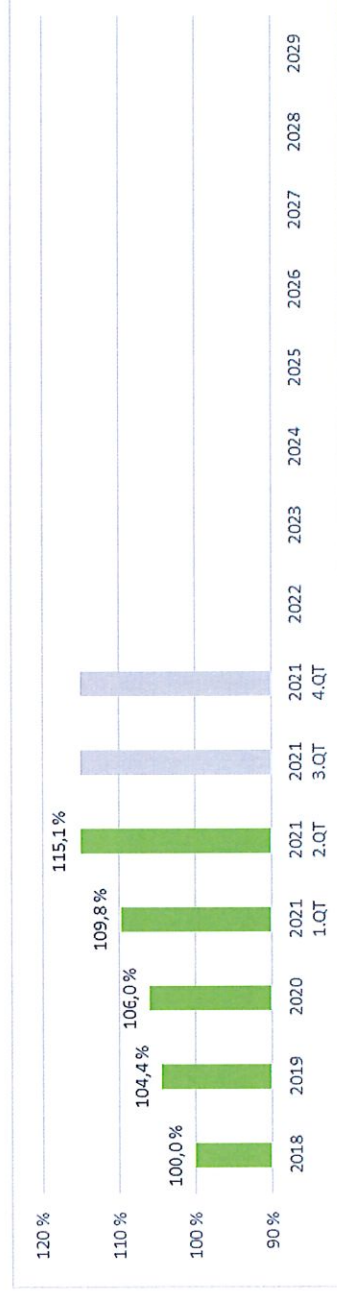


NEUBAU BERUFSSCHULZENTRUM KONSTANZ



BAUKOSTEN

- ❖ Projektbudget 90 Mio. EUR aus Machbarkeitsstudie von 2018
- ❖ Baupreissteigerungen 15,1 % 103,6 Mio. EUR



NÄCHSTE SCHRITTE

- ❖ Ausarbeitung Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) und Kostenberechnung
- ❖ Anfang 2022 Vorstellung im Bauausschuss und Kreistag
- ❖ Prüfung Fördermöglichkeiten und Finanzierung

